

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller.
(Einschließlich 6 Heller Porto)

Zentralorgan d. Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Druckerei u. Vertriebsstelle: Drag 11, Reizgasse 18 • Tel. 2703, 31400, Nachdruck: 10 11 12 • 33556 • Postamt: 37544

13. Jahrgang.

Samstag, 2. Dezember 1933

Nr. 282.

Sozialdemokratie und Wehrbudget

Genosse Heeger: Der fascistischen Kriegsgefahr dürfen die demokratischen Staaten nicht wehrlos gegenüberstehen

Prag, 1. Dezember. In der Budgetdebatte gab heute Genosse Heeger eine Erklärung darüber ab, wie sich unsere Partei — im Einklang mit den Bruderparteien und der Internationale — in dieser politisch ernsten Zeit zu dem Problem des Militarismus, bezw. der Verteidigung des demokratischen Staates gegen Angriffe von außen stellt.

Genosse Heeger erklärte hierzu:

Unsere Stellungnahme zum Militarismus ist nach wie vor durch unsere grundsätzliche Einstellung bestimmt, an der wir unverändert festhalten und die diktiert ist durch den festen Willen der Arbeiterklasse, alle ihre Kräfte zur Verhinderung eines Krieges einzusetzen. Wir sind in diesem Willen einig mit der Arbeiterklasse der ganzen Welt, welche durch die Beschlüsse der Sozialistischen Arbeiter-Internationale auf ihrer Konferenz in Paris erneut die entschlossene Kampfbereitschaft gegen jede Kriegsgefahr zum Ausdruck gebracht und die Forderung der Arbeiterklasse nach internationaler Abrüstung aufs neue bekräftigt hat.

Aber seit der Pariser Konferenz hat sich die internationale Lage in gefährdender Weise verschärft. Der Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund, die Treibereien Italiens gegen die Völkerbundspolitik haben die niemals starke Position des Völkerbunds wiederum ernstlich wesentlich geschwächt. Zudem Deutschland die Abrüstungskonferenz verläßt und Italien die Verhandlungen der Konferenz ohne Beteiligung Deutschlands sabotiert, ist die Abrüstungskonferenz völlig lahmgelegt und kann sich nur durch ständige Vertagung vor dem offenen Zusammenbruch retten.

Die fieberhaft betriebene Aufrüstung Deutschlands, der Kampf rivalisierender fascistischer Staaten um die Beherrschung Osteuropas schaffen einen Zustand internationaler Höchstspannung, der jeden Augenblick in unmittelbare Kriegsgefahr umschlagen kann. Dieser durch den Faschismus geschaffenen und täglich genährten Kriegsgefahr dürfen die demokratischen Staaten nicht wehrlos gegenüberstehen. Klarer als je tritt zutage, daß das Problem der Abrüstung ein internationales Problem ist und nur international gelöst werden kann.

In diesem Sinne stimmen wir dem vorgelegten Voranschlag zu, wobei wir in Übereinstimmung mit den wiederholten Erklärungen des Außenministers Dr. Beneš mit allem Nachdruck betonen, daß die Politik der Tschechoslowakischen Republik konsequent und entschieden auf die Wahrung des Friedens gerichtet sein und daß daher ihre Wehrmacht ausschließlich der Verteidigung des Staates dienen muß.

Wir wollen den Frieden und kämpfen für ihn mit aller Leidenschaft. Aber gerade darum muß die demokratische Republik gegen alle Feinde des Friedens gerüstet sein!

Dienstzeitverlängerung überflüssig

Es ist verständlich, erklärte Genosse Heeger weiter, daß die Politik des deutschen Faschismus gewisse Wirkungen auslösen muß und daß besonders die Republik mit demokratischen Einrichtungen alles zum Schutze der Demokratie unternehmen müssen.

Wenn in diesem Zusammenhang aber von einer neuerlichen Erhöhung der Dienstzeit gesprochen wird, so können wir dem nicht beipflichten. Selbst in Frankreich, das uns militärisch immer als Muster hingestellt wird, hat der Luftfahrtminister selbst die Erklärung abgegeben, daß man sich mit einer neunmonatigen Dienstzeit begnügen könne, weil der Soldat bei vernünftiger Dienstverteilung auch in dieser Zeit die volle erforderliche Ausbildung erhalten kann. Die auch hier in der Debatte wieder angeführten Gründe für eine Dienstzeitverlängerung vermögen uns nicht zu überzeugen.

Wenn der Herr Verteidigungsminister im Anschluß darauf verwiesen hat, daß der Mannschafssold zwar klein, die Entlohnung aber doch immer noch besser ist als in der alten Monarchie oder in den Nachfolgestaaten, so kann man dem mit gewissen Vorbehalten zustimmen. Man darf aber nicht übersehen, daß unser Soldat von der Löhnung sich noch eine Reihe von Proprietäten anschaffen muß und daß sich vor allem gegenwärtig im Meer — vielleicht ohne Wissen des Ministers — ein besonderes Straßensystem bemerkbar macht: Man zieht von dem Sold bei jedem möglichen Anlaß Geldstrafen ab. Bei einzelnen Truppenteilen verlangt man von jedem Soldaten als Ersatz für ausgeschlossene Gewehrläufe (!) einfach 25 Kr. als Strafe und zieht sie in Raten zu 10 Kr. ab. Auch kleine Beschädigungen, für die die Soldaten gar nicht verantwortlich gemacht werden können, werden mit Geldstrafen bedacht, ein Protest dagegen mit Arreststrafen belegt. Es wäre gut, wenn sich die verantwortlichen Stellen mit diesen Erscheinungen befassen!

Zur Durchführung des Gesetzes über die Parteiausschließung stellt Genosse Heeger fest, daß der Gesetzgeber nicht beabsichtigt hat, auch nur im geringsten die Funktionen der Körperschaften selbst zu beeinträchtigen. Denn die ausgeschlossenen Mandatäre angehört haben: das Gesetz richtet sich lediglich gegen einzelne Funktionäre.

Einzelne Bezirkshauptleute legen sich das Gesetz aber gegen die betreffenden Körperschaften

ten selbst aus und haben bereits in dieser Richtung Anordnungen getroffen. Es wird notwendig sein, daß das Ministerium diesbezüglich klare und unzweideutige Richtlinien herausgibt. Namentlich über den Passus von der nationalen und kulturellen Schichtung, die durch die Ernennungen keine Änderung erfahren soll, herrscht völlige Unklarheit.

Die Demokratie Dr. Bachers

Wenn Herr Dr. Bacher in der „Bohemia“ leitartikelhaft, daß die Nationalsozialisten keine Sozialisten seien und die Sozialdemokraten infolge dessen

Verschmelzung von Staat und DNSAP

SA und SS unter verschärfter Parteigerichtsbarkheit

Berlin, 1. Dezember. Das Reichskabinett genehmigte heute ein Gesetz „zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat.“ Nach diesem Gesetz wird die NSDAP eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Zur Gewährleistung und zur Zusammenarbeit der Dienststellen der Partei und der SA mit den öffentlichen Behörden werden der Stellvertreter des Führers, Rudolf Heß und der Chef des Stabes der SA Ernst Röhm Mitglieder der Reichsregierung.

Für die Mitglieder der NSDAP und der

Der Kirdienkampf wird langsam peinlich!

Berlin, 1. Dezember. Amtlich wird mitgeteilt: Innerhalb der deutsch-österreichischen Kirche sind zur Zeit Auseinandersetzungen im Gange, die auf eine Klärung der kirchlichen Gesamtlage hinführen. Reichskanzler Adolf Hitler hat die ausdrückliche Entscheidung getroffen, daß, da es sich um eine rein kirchliche Angelegenheit handelt, von außen her in diesen Meinungsstreit nicht eingegriffen werden soll. Der Reichsminister des Innern hat daher die Länderregierungen gebeten, die nachgeordneten Dienststellen unverzüglich mit entsprechender Weisung zu versehen. Es ist selbstverständlich, daß die zur Wahrung der äußeren Ordnung etwa notwendigen Maßnahmen insoweit zulässig sind, als sie

kein Recht hätten, die neu zu besetzenden Mandate für sich in Anspruch zu nehmen, so können wir Herrn Dr. Bacher zu seiner Beruhigung versichern, daß auch wir die Nationalsozialisten niemals für Sozialisten gehalten haben. Was heute in Deutschland als Nationalsozialismus verzapft wird, hat mit Sozialismus wahrlich nichts zu tun; dieser Nationalsozialismus ist nichts anderes als die Hoffnung und die Stütze des bankrotten Kapitalismus! Aber die Nationalsozialisten haben unter Vorpiegelung eines falschen Sozialismus Hunderte und Tausende von Arbeiterstimmen an sich gerissen. (Genosse de Witte: ... die durch das Wort Sozialismus getäuscht wurden!). Um diese Arbeiterstimmen handelt es sich, und wenn bei der Ernennung die soziale Schichtung berücksichtigt werden soll, so kann doch der Demokrat Bacher nicht annehmen, daß die darauf entfallenden Mandate der kapitalistischen Richtung zufallen sollen, der er angehört. Es wäre das wohl die größte Verhöhnung eines jeden demokratischen Gedankens überhaupt!

Nach einer treffenden (von uns an anderer Stelle wiedergegebenen) Charakterisierung des Herrn Dr. Schönlank, der sich gern mit seinem Schimpfwort „Dornoch“ so unruhig in den Annalen des Parlaments betätigt hat, und einer Anprangerung der politischen Methoden des Herrn Dr. Kisch, der nach der (antimarxistischen) Einheitsfront der bürgerlichen Parteien ohne Unterschied der Nationalität ruft, besprach Genosse Heeger weiters einige besonders unsoziale Entwürfe der Unterhaltungskommissionen, die über die Ansprüche der Angehörigen eingerückter Soldaten zu entscheiden haben, und erwiderte ferner, bei der Verletzung der Staatsbürgerlichkeit nicht auf die bloße Auslage eines Werdens-Vertrauensmannes ganze Ersparnisse zu vernichten.

Er schloß sich dann darüber, daß alle Verträge für die Reichsgebiete im Strauer Becken, für Jägerndorf usw. Subventionen für Rollandarbeiten aufzubringen, scheitern, und lenkte die Aufmerksamkeit namentlich auf das kleine Städtchen Bodenstadt, wo ein Viertel der Bevölkerung vollkommen arbeitslos ist.

Pazifismus die beste Verteidigung

Auch der tschechische Genosse Srba erklärte entschieden, daß der Pazifismus die beste Verteidigung der schwachen Staaten bleibe. In diesem Zusammenhang kam er auch auf das Bekenntnis unserer Partei zum Staate zu sprechen und erklärte u. a.: Unsere deutschen Genossen, die sich in einem geschichtlichen Augenblick zu unserem Staate und zu seiner Verteidigung bekannt haben, können sich auch auf unsere Treue verlassen, daß wir sie gegen jeden Terror schützen werden, auch wenn er von einer Stelle außerhalb der Grenzen ausgehen sollte.

nicht den Charakter eines Eingriffes in den innerkirchlichen Meinungskampf haben. Auch kirchliche Stellen sind nicht befugt, ein einschneidendes staatliches Organ im kirchlichen Meinungskampf herbeizuführen.

Unternehmerverbände nicht mehr nötig.

Berlin, 1. Dezember. Im Anschluß an den Aufruf der Reichsregierung und des Führers der Arbeitsfront an alle schaffenden Menschen haben die maßgebenden Vertreter der industriellen Arbeitgeberverbände in einer am gestrigen Tage abgehaltenen Sitzung beschlossen, die industriellen Arbeitgeberverbände aufzulösen und in ihre Liquidation zu treten.

Dunkle Hintergründe

Das Innenministerium, was so viel heißt wie die Regierung, hat vor einigen Tagen bekanntlich sowohl die nationalsozialistische Gewerkschaftszentrale „Verband deutscher Gewerkschaften“ aufgelöst wie auch drei dieser Zentrale angeschlossene Verbände. Die Regierung hat dieser Verfügung öffentlich keine nähere Begründung gegeben, aber es ist evident, daß die Maßregel wegen des nachweisbaren Zusammenhanges dieser Organisationen zu der aufgelösten nationalsozialistischen Partei, also im Staatsinteresse gelegen, erfolgt ist. Die Regierung ist dabei offenbar von der Absicht ausgegangen, einige der übriggebliebenen Stützen des Dakenkreuzfaschismus zu zerstören, die Nazis wenigstens zum Teil aus ihren letzten Schlupfwinkeln zu vertreiben und sie hat es wohl nur als einen halben Schutz vor dem Hereinbruch der Dakenkreuzpest angesehen, bloß politische Organisationen zu verbieten, ihre Nebenorganisationen aber bestehen zu lassen. Da erscheint es immerhin überraschend, daß die Streike, mit der die Regierung vorzugehen sich bemüht fühlte, nicht doch eine restlos gleichmäßige ist und diese nicht zu bestreitende Tatsache hat denn auch bei den von der Auflösung betroffenen Mitgliedern vielfach Befremden hervorgerufen.

Wie liegt die Sache? Der Auflösung verfiel die nationalsozialistische Gewerkschaftszentrale, aber nicht auch sämtliche ihr angeschlossenen Gewerkschaftsverbände, sondern nur drei. Der vierte ihr angehörende Verband, der DDB, das ist der Deutsch-nationale Handlungsgehilfen-Verband, wurde verschont und kann seine Tätigkeit ungehindert fortsetzen. Das versteht sich von selbst, wir verstehen es nicht und noch weniger können es die Mitglieder der aufgelösten nationalsozialistischen Gewerkschaften verstehen. Man muß bedenken, daß durch diese Auflösung hunderte, vielleicht tausende Arbeiter die Arbeitslosenunterstützung nach dem Genet System verlieren. Und nun sagen sich die so Betroffenen, daß hier mit zweierlei Maß gemessen wird: sie zu treffen hat man, da es Mehraus mit dem Dakenkreuzfaschismus zu machen galt, kein Bedenken getragen, aber vor dem DDB, hat die so scharf zugreifende Hand der Staatsgewalt fürsorglich Halt gemacht. Sie leben sich aufs Irdische gesetzt, die Mitglieder des DDB, aber, der ebenso dem Verbanne deutscher Gewerkschaften angehörte wie sie, bleiben unbehelligt. Mit Recht wird gefragt, wo da Logik und Gleichmaß geblieben sind.

Es ist nicht zu verkennen, daß hier dunkle Hintergründe vorhanden sind, in die unheimlich hineinzuerschauen ist und daß Kräfte am Werke waren, welche diese ungleiche Behandlung herbeigeführt haben. Natürlich schwimmen auch die verantwortlichen Funktionäre des DDB, jetzt in eitel Loyalität und man kann sicher sein, daß sie alles aufgebieten haben, um an den zuständigen und auch sonst einflussreichen Stellen diese Besuerungen an den Mann zu bringen. Neue Faktoren, die sich schützend vor den DDB, stellten, haben sich sicher bemüht, geltend zu machen, daß zwischen dem DDB und dem Verbanne deutscher Gewerkschaften bei weitem nicht ein so inniger Zusammenhang vorhanden gewesen ist, wie bei den der Auflösung verfallenen nationalsozialistischen Gewerkschaften, aber gerade das stimmt ganz und gar nicht. Die Hauptanregung zur Gründung des Verbandes deutscher Gewerkschaften ging seinerzeit vom DDB aus, er ist als der eigentliche Vater dieses Verbandes anzusehen. Wie innig die Beziehungen des DDB zum Verbanne deutscher Gewerkschaften waren, erweist auch, daß der Vorsitzende des aufgelösten Verbandes Herr Ritter war, einer der Geschäftsführer des DDB. Aber noch mehr: der DDB war auch ein Kind des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes in Deutschland, er ist geradezu eine Filialgründung von Ham-

10 Millionen

Arbeitslose in den Vereinigten Staaten.

Washington, 1. Dezember. (Neuer.) Nach einer Statistik der amerikanischen Arbeitsföderation betrug die Zahl der Arbeitslosen in den Vereinigten Staaten im Oktober d. J. 10,076.000, was gegenüber dem Monat September, in dem sich die Zahl auf 10,067.000 belief, ein mächtiges Ansteigen der Arbeitslosigkeit bedeutet.

burg aus, war bis vor kurzem eine unmittelbare Untergliederung des Hamburger DVB., was schon daraus hervorgeht, daß die Mitgliedsnummern des hiesigen DVB. in der Hamburger Mitglieder-Liste fortlaufend geführt wurden und der Aufsicht DVB. ständig in den Tätigkeitsberichten des Hamburger DVB. als Gliedorganisation angeführt worden ist, wobei in diesen Tätigkeitsberichten regelmäßig alle ihm vom Aufsicht DVB. gelieferten Tabellen und Daten aufgenommen waren. Die Beziehungen des DVB. zu ausgesprochenen Hakenkreuzler-Organisationen waren also noch bei weitem intimere, als sie den ausführenden nationalsozialistischen Arbeitergemeinschaften zur Last gelegt werden kann und man darf sich daher nicht wundern, daß die geschädigten Arbeiter, die, sei es aus welchen Gründen immer, Mitglieder der aufgelösten Organisationen waren, sich sagen, daß entweder alle dem nationalsozialistischen Verbände angehörenden Gewerkschaften aufzulösen waren oder keine.

Es scheint nun, daß gewisse politische Faktoren es sich aus durchsichtigen Gründen angelegen sein ließen, eine so ungleiche Behandlung gegenüber den dem nationalsozialistischen Verband deutscher Gewerkschaften angeschlossenen Organisationen herbeizuführen. Man hofft offenbar, daß die Mißstimmung, die sich zahlreicher durch die Auflösung geschädigter Arbeiter bemächtigen dürfte, vor allem gegen die Sozialdemokraten lehren wird, aber offenkundig bestehen hinsichtlich des DVB., beziehungsweise seiner Mitglieder gewisse parteipolitische Pläne, über die wohl noch zu sprechen sein wird. Vorläufig steht fest, daß gewisse bürgerliche Parteien aus der nationalsozialistischen Erbmasse Beute heimbringen möchten und sich daher schützend vor den DVB. stellen. Längst schon weiß man, daß sich die Christlichsozialen bemühen, den DVB. zu gewinnen und ihn zum Anführer an den Verband der christlichsozialen Gewerkschaften zu bewegen. Oder umgekehrt: daß der DVB. nach einem Unterschlupf sucht, in dem er seine Tarnung vollständiger machen könnte. Die Christlichsozialen sind wohl nicht in der Regierung vertreten, aber es gibt eine hieritale Internationale, die sich wenigstens in solchen Fällen gut bewähren soll.

Bei näherem Zusehen entpuppt sich das scheinbar Unklärliche daher als sehr erklärlich. Es ist nur die Frage, ob die verantwortlichen Faktoren es im Interesse des Staates gelegen ansehen und auch im Interesse des Ansehens der staatlichen Gerechtigkeit, daß aus parteipolitischen Gründen mit zweierlei Maß gemessen werde.

Genosse Baumgartl:

Die Ursachen der Finanzkrise der Selbstverwaltung

Als lechter Redner zur politischen Gruppe des Voranschlags befahte sich Genosse Baumgartl u. a. mit den trostlosen Verhältnissen in den Gemeinden und Bezirken, deren Gesamtschuld nun schon auf über 11 Milliarden angewachsen ist.

In dieser Summe veranschaulicht sich wohl das ganze finanzielle Elend der Selbstverwaltungskörper. Dabei muß unterstrichen werden, daß die Schuld an diesen Verhältnissen, wie auch der Innenminister zugab, nicht in der schlechten Verwaltung der Gemeinden liegt, sondern in den Auswirkungen der Wirtschaftskrise.

Viele Gemeinden und Bezirke, namentlich in den deutschen Industriegebieten, sind finanziell vollständig zusammengebrochen und gänzlich außerstande, die Aufgaben des eigenen und des übertragenen Wirkungskreises, ja auch nur die vertraglichen und gesetzlichen Zahlungsverpflichtungen zu erfüllen.

Alein in Böhmen macht der Schulden- und Annuitätendienst der Selbstverwaltung heuer 588,5 Millionen aus. Der unbedeckte Abgang in den Budgets betrug 389,4 Millionen, wovon von der Landesbehörde 246,1 Millionen anerkannt wurden. Der Ausgleichsfonds hat aber nur Zuschüsse von 74,4 Millionen geleistet und einen Beitrag von 29,5 Millionen zum Zinsendienst. Die Selbstverwaltungskörper haben also aus dem Ausgleichsfonds nur ein Viertel von dem erhalten, was sie angefordert haben!

Wie es heute in den Industriegemeinden aussieht.

zeigt Genosse Baumgartl an dem Beispiel seiner Heimatstadt Rostau; hier steht einem Erfordernis von 1,2 Millionen eine Bedeckung von 0,5 Millionen gegenüber. Noch im Jahre 1930 betrug die Steuergrundlage dieser Gemeinde 187.563 Ks, sie sank schon im darauffolgenden Jahre auf 49.710 Ks und beträgt für das nächste Jahr nur mehr 13.583 Ks. Ähnlich verhält es sich auch in anderen Industriegemeinden dieses Gebiets.

Die Finanznot der Industriegemeinden geht aber nicht nur allein auf die Wirtschaftskrise zurück. So wurde durch das Gemeindefinanzgesetz der § 27 des Gesetzes vom 12. August 1921 geändert, durch den Industriegemeinden andringend wurde, von den Betrieben gesonderte Beiträge für das Mehrerfordernis einzubehalten, das den Gemeinden aus dem Bestand dieser Unternehmungen

erwächst. Durch die Änderung dieser Bestimmungen ist den Industriegemeinden ein besonders großer finanzieller Verlust erwachsen.

Andererseits hat die Rationalisierung in den Betrieben zu großen Arbeiterentlassungen geführt; auch das wirkt sich im Budget der betroffenen Gemeinde aus. Wenn ein solcher Betrieb wie die Rostauer Eisenwerke überhaupt aufgegeben wird, erwächst natürlich nicht nur der Selbstverwaltung, sondern auch dem Staat ein ungeheurer Schaden. Die ganze Gegend von Graslitz-Mendel ist durch diese planlose Werkverlegung finanziell schwer in Mitleidenschaft gezogen und die Menschen dort dem Hunger preisgegeben. Es wäre höchste Zeit, daß hier der Staat eingriffe; ein Gesetz müßte endlich dem Treiben der Industriekapitäne ein Ende bereiten und solche willkürliche Betriebsauflassungen und Betriebsbeschränkungen unter staatliche Kontrolle stellen. Redner urgiert daher die Verhandlung unseres Antrages vom September 1930 über die Kontrolle von Betriebsstillegungen.

Welche furchtbaren Auswirkungen die Wirtschaftskrise auf die Lebenshaltung der Arbeiterschaft namentlich im Erzgebirge hat, davon können sich viele keine Vorstellung machen.

Alle Bemühungen der Gemeinden durch Notstandsarbeiten helfen eingangswenig, scheitern an dem Mangel an Mitteln. Die Annahme, daß aus dem Ertrag der Arbeitsanleihe vor allem jene Gebiete berücksichtig werden, die am schwersten unter der Arbeitslosigkeit zu leiden haben, trifft leider nicht zu. Jene Gemeinden, die die geforderte Garantie für den Zinsendienst nicht übernehmen können, werden juristisch verwiesen. So haben Graslitz und Rostau überhaupt nichts erhalten, weil der Zinsendienst nicht garantiert werden konnte. Das ist doch eine allzu große Härte! Wenn's denn aus dem für 1934 reservierten Teil der Anleihe sollten unbedingt jene Gemeinden berücksichtigt werden, die durch die Wirtschaftskrise am schwersten betroffen sind.

Ausgabe der Regierung wäre es auch, die vom Fürsorgeministerium geplanten Hilfsaktionen unterstützend zu fördern und zu unterstützen, um unsere Menschen über die schwere Zeit des schrecklichen Winters hinwegzubringen. Die deutsche Arbeiterklasse dieses Staates steht voll und ganz auf dem Boden dieses Staates. Deswegen soll man die Opfer der Wirtschaftskrise aus diesen Gebieten auch so unterstützen, wie es unerlässlich notwendig ist, denn sie werden die besten Verteidiger der Demokratie und des Staates sein! (Beifall.)

Der schimpfende Scholich

und die Antwort, die ihm gebührt!

Prag, 1. Dezember. Im Plenum des Hauses befahte sich Genosse Heeger u. a. auch mit dem gestrigen unqualifizierbaren Schimpfgeßel des Herrn Scholich.

Genosse Heeger stellte hierzu fest, daß gerade die Anhänger dieser Partei, die sich hier mit großtönenden Worten bemerkbar machten, in der letzten Zeit eine nicht gerade rühmliche Rolle gespielt haben und daß gerade diese Partei — sei es aus Angst und Furcht, oder aus anderen Gründen — sich in der letzten Zeit an Lokalitätskundgebungen geradezu überboten hat.

Auch wir sind der Auffassung, daß politische Meinungsverschiedenheiten g e i s t i g ausgeglichen werden müssen. Daß das bei den Anhängern dieser Partei nicht zutrifft, beweist wohl die Hal-

tung des Herrn Professors Dr. Scholich, der anstelle geistiger Argumente bestrebt ist, Schimpfsworte zu setzen, eine Eigenschaft, die einem Professor und Volksbildner wahrlich nicht zur Ehre gereicht.

Herr Dr. Scholich hat einem politischen Gegner in Ermangelung geistiger Argumente einfach das Wort „Hornochse“ zugerufen. Ich weiß nicht, ob nicht derjenige, der seine Partei zugrunde richtet und ein Führer sein will, ein noch größerer Hornochse ist!

Jedenfalls hat Herr Professor Scholich damit an den Tag gelegt, daß er wahrlich den Anspruch auf besondere Bildung und Höflichkeit nicht erheben kann. Er hat aber auch durch diese Art der Betätigung innerhalb seiner eigenen Partei nicht gerade Sympathie gefunden und sein Ansehen selbst in den Kreisen seiner Angehörigen sehr stark in Miskredit gebracht!

Pauschalverdächtigungen, die eine scharfe Abfuhr verdienen.

Im Laufe der heutigen Budgetdebatte hielt der tschechische Nationalsozialist Hatina eine Rede gegen die Deutschen schlechweg, die nicht unüberwunden bleiben kann. Nach einem Privatgespräch gegen die gemischten Eben bei Mitgliedern der Finanzwache und bei Offizieren, deren deutsche Frauen die Behörden nicht so oft über die Grenze lassen wollten, forderte Hatina im Namen seiner Partei, daß im „verdeutschten“ Gebiet das Regime grundsätzlich geändert werde. Man könne sich dort überhaupt nur auf die tschechischen Arbeiter, Gewerbetreibenden und Beamten verlassen. Konkret müßten alle deutschen Gendarmeriekommandanten aus diesem Gebiet entfernt werden, ebenso alle „unzuverlässigen“ Elemente, so die höheren deutschen Steuerbeamten, ebenso alle Staatsbeamten, die die Autorität des Staates untergraben. Alle führenden Städte Nordböhmens ständen im Kampf gegen den Staat; darum müsse man dort überall Staatspolizei einführen. Für eine Uebergangszeit (wie gnädig!) sollten weiters die deutschen Schulen unter die Aufsicht tschechischer Inspektoren gestellt werden usw.

Wir, die wir einen unerbittlichen Kampf gegen die hakenkreuzerischen Elemente schon geführt haben, als gewisse tschechische Kreise sie noch lange liebevoll verhätschelten, um den verhassten deutschen Sozialdemokraten damit ein auszuweichen, verwahren uns mit aller Entschiedenheit gegen derartige Pauschalverdächtigungen der ganzen deutschen Bevölkerung. Krant und Mühen in einen Topf zu werfen, ist zwar sehr einfach, aber wenig „staatspolitisch“, um mit Herrn Dr. Franke zu reden. Die Ausschaltung der staatsfeindlichen Elemente wird niemand verhindern wollen. Wenn aber Herr Hatina dabei einen großen Fischzug machen und auch korrekte Staatsangestellte wahllos hinauswerfen will, nur weil sie Deutsche sind, so müssen wir gegen derartige Absichten entschieden protestieren! Eine sozialistische Partei sollte das ernste Problem der Arbeitsbeschaffung doch anders zu lösen versuchen als durch den Hinauswurf entgegen die faschistischen Tendenzen in den Kreisen

Hatinas Erklärung blieb nicht lange unüberwunden. Der tschechische Genosse Vosta Vened wandte sich, ohne Namen zu nennen, sofort dagegen und erklärte, hier sei heute ohne Rücksicht auf die Tatsachen gesprochen worden. Es sei nicht möglich, die deutschen Bewohner insgesamt mit demselben Maß zu messen. In Brüx haben der Feier des 28. Oktober 2500 Deutsche und 500 Tschechen beigewohnt und Redner habe gesehen, wie Deutsche das Hoch auf die Republik ausbrachten.

Gruppe II zur Debatte

Gegen Abend wurde die Aussprache über die kulturelle und soziale Gruppe des Budgets eröffnet, wobei u. a. auch Genossin K i r p a l sich mit Schulproblemen befahte und sich namentlich gegen die faschistische Tendenzen in den Kreisen der deutschen Lehrerschaft wendete. (Wir werden ihre Rede morgen nachtragen.)

Refurs gegen Aufsicht Versammlungsverbot. Gegen den Bescheid der Polizei in Aulfla, daß die dort von unserer Partei für Sonntag ins Volkshaus einberufene Versammlung mit dem Thema „Was will die Deutsche Front?“ verboten ist, wird der Vorstehende des sozialdemokratischen Wahlvereins den Refurs ergreifen.

Der Puppenspieler

Roman von Felix Fechenbach

Gretl war reich aufgelsprungen, hatte Kleid und Mütze zurechtgeputzt und ging dem Wald ausgang zu. Es dauerte eine ganze Zeitlang, ehe Michel nachkam. Er war recht niedergeschlagen. Schweigend gingen sie nebeneinander her zu dem kleinen Dorfbahnhof.

Als sie in den Zug eingestiegen waren wollte sich Michel neben Gretl setzen. Sie bestand aber darauf, daß er ihr gegenüber Platz nahm. Er gehorchte und wagte kaum, sie anzusehen. Vor sich hinblödelnd, hing er seinen aufgewühlten Gedanken nach:

Ich hätte sie doch nicht anfassen sollen. Damit hab ich alles wieder verdorben. Und jetzt wird sie nicht mehr mit mir gehen wollen. Daß ich aber auch die Bluse grad verrutscht müßte! Wenn das nit gewesen wär, dann hätte ich nit gesehn und das andere wär auch nit passiert.

In Würzburg begleitete Michel die Gretl den Weidner Ring hinunter zur Kärrnergasse. Er machte noch einen Versuch, die Sache wieder einzurenden:

„Fräulein Gretl, Sie dürfen mir nit böß sein wegen dem Vorhin im Wald...“

„Ich bin Ihnen ja nit böß, ich mag nur nit, daß Sie mich so anfassen.“

Michel glaubte, daraus ein ganz klein wenig Hoffnung schöpfen zu können.

„Und wolln Sie nächsten Sonntag wieder mit mir fort? Nach Weisbühelheim oder...“

Gretl unterbrach ihn abweisend:

„Damit is jetzt Schluss! Sie fangen ja doch immer wieder mit dem Gleichen an, und ich

will nit davon wissen.“ Michel sah ein, daß es nun endgültig aus war. Er ging noch neben ihr her bis zur Kärrnergasse und trollte sich dann wie ein begossener Pudel nach Hause.

Gretl erzählte ihr Erlebnis mit Michel am nächsten Tag ihrem Bruder Franz.

„Was? Der Dickwanst spielt den Verliebten?“

„Der hat nit g'spielt. Ich glaub 's war ihm Ernst.“

„Noch schlimmer! Warum kommst denn auch auf so e Katerdee und machst mit so einer aufgedunnenen Dampfndel einen Ausflug?“

„Ich hab ja gar nit wolln, Franz!“

Und dann erzählte sie, wie der Michel am Donnerstag gekommen war und seligt hält, er möchte gern einen Ausflug mit ihr machen, und dann war der Vater dazu gekommen und hätte einfach geloggt, daß sie mitgehe.

„Direkt überumpelt hat er mich. Und ich hab noch was hab lagen können, wars schon abgemacht, und der Michel war wieder weg. Am Sonntag is er dann kommen und hat mich abgeholt.“

„Du, ich glaub, da steckt was dahinter! Hast doch lebhin erst Krach g'habt mit'm Vater, wegen dem Hans? Pah auf, das is e abgetartetes Spiel. Die wolln dich an den Michel verkuppeln!“

Von dieser Seite hatte Gretl die Sache noch gar nicht überdacht. Aber möglich wars ja.

Ein paar Tage später wurde sie vom Vater oesragt, ob sie nächsten Sonntag wieder mit dem Michel fort wolle.

„Mit dem geh ich kein Schritt mehr!“ erklärte Gretl mit aller Bestimmtheit.

„No, warum denn? Hats was geben?“

„Er wird dich halt gern ham, bist ja auch e schöns Mädel. So was kann man doch verfehn.“

„Ich mag ihn aber nit, den Dickwad!“

„Seht dir wohl dei Hans noch im Kopf rum?“

Das treib ich dir noch aus!“

Milian sein war heftig geworden.

Für Gretl stand es jetzt fest, daß Franz mit seiner Vermutung recht hatte.

„Du willst mich ja bloß an den Michel Spiech verkuppeln! Fast mich ja zu dem Sonntagsausflug direkt gezwungen. Ich hab gar nit mit dem Michel gehen wolln. Und verkuppeln laß ich mich nit!“

„Red doch lei so dumms Zeug von verkuppeln! Der Michel steht dich halt gern, und ich hab nit dagegen, wenn d' mit ihm gehst.“

„Ich hab's dem Michel schon g'sagt, daß er nimmer kommen braucht. Und wenn d' mich zwinoen willst, dann geh ich auf und davon!“

Milian sein war während darüber, daß Gretl seinen Plan durchschaut hatte. Er hielt es aber für klüger, die Sache zunächst auf sich beruhen zu lassen.

Der Tanzkurs, den Lene Cornelius besuchte, nahm seinen Fortgang. Franz konnte ihn auch wieder besuchen. Beim Nachhausegehen wurde Lene von Franz sein und von Rudolf Groß begleitet. An der Juliuspromenade machte Groß einen Vorschlag:

„Gnädiges Fräulein, was würden Sie dazu sagen, wenn wir jetzt alle drei ins Café Wittelsbach ginge, um dort eine Portion Erdbeereis zu essen?“

„Ich wär schon dabei, wenn Franz sein auch mit geht.“

Franz lehnte ab:

„Ich muß in die Badstub, sonst macht der Batter Spektakel.“

„Allein möcht ich auch nit mit.“ sagt darauf die Lene, und sie gingen in die Kärrnergasse. Vor dem Milchladen verabschiedeten sich alle drei. Franz ging weiter in die Kärrnergasse hinein, zur Bäckerei, Groß den Weg zur Juliuspromenade zurück.

Noch ein paar Schritten lehrte Groß wieder

um. Lene wollte eben die Ladentür aufschließen. Er fragte sie leise:

„Gnädiges Fräulein, wollen Sie sichs nicht überlegen und doch noch mitkommen?“

Es lag etwas Schmeichelndes in seinem Ton. Lene sah sich nach der Richtung um, in die Franz gegangen war. Sie sah ihn nicht mehr. Dann wandte sie sich an Groß:

„Ich möcht ja ganz gern, aber es is doch schon so spät!“

Groß merkte gleich, daß sich Lene nur zierte und noch einmal aufgefordert sein wollte.

„Ach, wir bleiben ja nur ein halbes Stündchen, und dann bring ich Sie wieder hierher.“

Lene ging mit. Sie schlenderten die Juliuspromenade hinauf und traten an der Ecke Kaiserstraße ins Café Wittelsbach. Lene war noch nie hier gewesen. Sie sah sich neugierig und zugleich ein wenig scheu in dem hellerleuchteten Lokal um, in welchem an kleinen Tischen, meist jüngere, Herren saßen, der eine oder andere auch in Begleitung einer Dame.

Groß wählte ein freies Tischchen in der Ecke und fragte Lene, ob er ihr Eis bestellen dürfe. Sie bejahte.

„Herr Ober! Eine Portion Erdbeereis mit Schlagsahne und einen Kaffee!“

Er sagte das so, daß es sich anhörte, als wäre er gewohnt, sich von Oberkellnern bedienen zu lassen.

„Sind Sie öfter hier, Herr Groß?“ fragte Lene.

„O, ja, ich komme zuweilen her. Ich würde mich freuen, wenn Sie mir dabei Gesellschaft leisten wollten.“

„So oft kann ich ja nit von daheim weggehen. Zweimal in der Woche geh ich jetzt schon zum Tanzen. Was soll denn da die Großmutter denken, wenn ich noch einen Abend fortgehe?“

(Fortsetzung folgt.)

Die schwerhörige Tante Bohemia

Wenn man die Presseberichte über den gestrigen Zwischenfall mit dem Herrn Schollich liest, so geht einem das Grausen an, wie der Herr Fall verzeichnet und ausgebauscht wird. Das Primäre war doch der Schimpfexzess, den sich Herr Schollich leistete, und wenn ihn daraufhin zwei unserer Genossen, die zu den ruhigsten und besonnensten Mitgliedern des Hauses gehören, sofort entschieden zur Rede stellen, so war gewiß das Recht voll und ganz auf ihrer Seite.

Die P. T. Presse dagegen macht aus diesem Sachverhalt der Zensur halber einen gewöhnlichen Kaufhandel, bei dem ja gewöhnlich beide Teile schlecht wegzukommen pflegen.

Das ist eine völlige — man muß sagen bewußte — Entstellung der Tatsachen, denn der allein Schuldige an dieser Szene ist und bleibt der Jugendzieher Dr. Schollich!

Den Vogel bei dieser Art von „Berichterstattung“ hat aber wieder einmal die gute alte Tante Bohemia abgeschossen. Für sie wäre es doch untragbar, daß auf einen so gut teutschen Mann wie den Herrn Schollich auch nur der Schatten eines Verdachtes fiel, er könnte nicht wie ein Gentleman gehandelt haben. Was tut also die liebe Tante? Sie stellt sich taub, überhört nachsichtlich das Schimpfwort „Hornochs“, das den eigentlichen Anlaß zu dem Zusammenstoß gab, und berichtet lediglich vom Zusammenstoß zwischen Deutschnationalen und Sozialdemokraten:

„Man hörte Schimpfsworte und plötzlich drohte der Streit zwischen den Abgeordneten Dietl und Schollich in Tätlichkeiten auszuarten.“

Fein herausgedreht, nicht wahr? Der liebe Leser muß den Eindruck haben, daß beide Teile schimpften, die Sozialdemokraten eben auch, und daß letztere gar auch noch tötlich wurden. Die Ehre des Herrn Schollich ist durch solche Mädchen gerettet, weil der Leser von dem „Hornochs“ nichts erfährt, die der Sozialdemokraten besudelt. Und diese Besudelung der Sozialdemokraten liegt ja wirklich seit Jahr und Tag in der Linie der einst demokratischen Bohemia!

Betrorene Jugend

Der deutsche Faschismus hat nicht zuletzt deswegen einen so großen Teil des Volkes zu gewinnen vermocht, weil er es verstand, sich Wassen deutscher Jugend hörig zu machen, in seine Gefolgschaft zu bringen. Gläubiges Vertrauen junger Mädchen, unglücklicher Idealismus und mißbrauchte Romantik junger Mädchen haben eben so großen Anteil am Aufstieg des deutschen Faschismus wie die Verzweiflung, die Babanque-Stimmung einer Jugend, die keine Arbeitsmöglichkeiten und keine Zukunftshoffnungen hat. Weil er einen so großen Teil der Jugend gewann, gehörte dem Faschismus die Zukunft, aber als er Götterwart wurde, verlor die deutsche Jugend ihre Zukunft. Sie darf und kann nur noch erzögert und hungern und bestienfalls können aus den jungen Hitlerbuben alte Landsknechte werden. Will das auch die Jugend, soll das auch die Jugend des jüdisch-deutschen Bürger- und Kleinbürgertums?

Herr Konrad Henlein, von Henleins Gnaden absoluter Führer der „Jüdisch-deutschen Heimatsfront“, sprach in Währsch-Schönberg einen genau so klaren inhaltslosen Vortrag wie in Reichenberg. Nur fügte er auch Worte an die Jugend an: Die Jugend solle herangezogen werden, veredelt, aber nicht in den politischen Kampf hineingezerrt werden, dagegen zu Mäßigkeit, Sitlichkeit und Disziplin und zu harter Jucht erzogen werden. — Sie hat also gehorchen zu lernen! Das ist alles, was ihr Konrad Henlein zu bieten hat. Aber sie „darf“ auch etwas: Sie darf Ordnerdienste leisten! In den Henlein-Versammlungen stellen die deutschnationalen jungen Turner die Ordnerdienste. Das ist natürlich kein „politischer Tageskampf“, wenn etwa Konrad Henleins junge Turner einen politischen Gegner, der das Wort zu verlangen wagt, hinauswerfen, falls er sich nicht mit der Tatsache bequemt, daß Konrad Henleins Vorträge keine Kritik vertragen und deshalb Diskussionen nicht zugelassen werden. Die jungen Turner werden „herangezogen“, sie werden im Bedarfsfalle als politische Kämpfer benützt, aber sie sollen sich beiseite nicht mit politischen Tagesfragen befassen! Die Jugend soll blühen, Wertung werden! Will es die Jugend des jüdisch-deutschen Bürger- und Kleinbürgertums werden? Will diese Jugend sich nochmals betrügen lassen?

Nach dem beispiellosen Ansturm jener Parteien, denen so viele junge Menschen gläubig nachliefen, bietet sich dieser Jugend eine große Möglichkeit: die Möglichkeit der Selbstbestimmung, des wirklichen Aktivwerdens, der Mitarbeit an wirklicher Erneuerung. Bequemt diese Jugend sich aber damit, Ordner- und Statistendienste zu leisten einem Manne, dessen Bemühen das nur darauf gerichtet ist, das abgestandene faschistische Schnutzwasser in ein neues Gefäß zu füllen, dann verärrt sie ihre Stunde, läßt sie sich neuerlich betrügen, sich neuerlich zu Landsknechten der alten reaktionären bürgerlichen Mächte machen.

Postdebitenzug für ungarische Blätter. Nach dem gestrigen Amtsblatt wurde den in Budapest erscheinenden Blättern „Eti Kurir“, „Ujsäg“ und „Pesti Naplo“ das Postdebit in der Tschechoslowakei bis zum 30. November 1933 entzogen.

Zeugen aus der Untersuchungshaft

Über die Tätigkeit der KPD

Leipzig, 2. Dezember. Das Volk-Büro meldet: Zu Beginn der heutigen Verhandlung werden die Beschlüsse des Senates über die in der letzten Zeit von Dimitrow gestellten Beweisansprüche verkündet. Der Senat hat beschlossen, noch zwei Zeugen aus Hennigsdorf zu vernehmen, und zwar die Frau Kraft, geborene Schmidt, und den damals im Obdachlosenamt diensttunenden Beamten. Abgelehnt wird die Vernehmung Thälmanns und die Vernehmung des früheren Reichskanzlers von Schleicher und Dr. Brüning sowie des Bizekanzlers von Papen und des früheren Reichsministers Dr. Eugenberg. Die Vernehmung einiger weiterer Personen mit dem Namen Dimitrow wird ebenfalls abgelehnt, da als wahr unterstellt werden kann, daß der Angeklagte Dimitrow mit dem wegen des Kathedrale-Attentats verurteilten Dimitrow nicht identisch ist.

Es folgt dann die von dem Angeklagten Torgler beantragte Verlesung von Berichten von Polizeibehörden, in denen über einen bevorstehenden kommunistischen Aufstand andere Auffassungen niedergelegt sind, als verschiedene Zeugen bezeugten. Die zur Verhandlung kommenden Berichte aus Mecklenburg-Strelitz, Braunschw. Kiel, Nürnberg und verschiedenen anderen Stellen besagen, daß besondere Vorbereitungen zum bewaffneten Aufstand Anfangs 1933 und vorher nicht beobachtet worden seien. Darauf veranlaßt der Oberreichsanwalt die Verlesung der Polizeiberichte von Stuttgart, Sonntober und Dortmund, in denen unter Führung von Beweismaterial ausgeführt wird, daß die Kommunisten in diesen Bezirken eifrige Vorbereitungen für einen bewaffneten Aufstand getroffen hätten, der etwa Ende Feber oder Anfangs März ausbrechen sollte.

Im Anschluß daran kommt es wieder zu einem heftigen Zusammenstoß mit Dimitrow, der dem Oberreichsanwalt zuruft, er solle nicht ausweichen. Der Vorsitzende verbittet sich erneut diese Bemerkung und droht Dimitrow mit Ausschluß aus dem Saal.

Als Zeuge wird, zunächst unvereidigt, der aus der Untersuchungshaft vorgeführte Arbeiter Kaldenbach vernommen, der im Bezirk Annaberg politischer Instrukteur und Bezirksleiter der KPD war. Er behauptet, daß gegen Mitte Feber die Anweisung von der Partei erging, die Verbindung herzustellen mit den sozialdemokratischen Arbeitern, um Streiks vorzubereiten. Durch diese Streiks sollte der Massenstreik einfach werden. Ein Generalstreik sollte überleiten zum bewaffneten Aufstand, wenn die Voraussetzungen dafür gegeben wären. Er, der

Zeuge, habe auf Anweisung von oben die Ortsgruppen angewiesen, sich nach Möglichkeit Waffnen zu beschaffen, da in kurzer Zeit entscheidende Kämpfe zu erwarten seien.

Ich glaube, fuhr der Zeuge fort, daß in den ersten Tagen des März die Entscheidung fallen würde. Dann habe ich aber die Rede des Reichskanzlers gehört, und ich vernahm, daß der Reichskanzler eigentlich das wollte, was auch wir im wesentlichen erstrebten. Ich kam zu der Auffassung, daß der Sieg des Nationalsozialismus bereits entschieden war. Darum entschloß ich mich, nicht mehr auf einen Kampf mit dieser Bewegung hinzuwirken.

Auf Fragen Torglers erwidert der Zeuge, zur Frage des Reichstagsbrandes habe die Partei erklärt, und das sei auch die Meinung der Mitgliedschaft gewesen, daß sie mit dem Brande absolut nichts gemein hatte.

Der nächste Zeuge, der ebenfalls aus der Untersuchungshaft vorgeführt wird, ist Alfred Neuter aus Geber, der die Mitteilungen des Zeugen Kaldenbach über die Veranlassung in Geber im wesentlichen bestätigt. Neutlich sagen die Zeugen Löser und Elster aus.

Nach der Vernehmung des Zeugen teilt der Vorsitzende mit, daß die Oberreichsanwaltschaft auf die Vernehmung einer Reihe weiterer Belastungszeugen verzichtet habe, so daß sich eine Abklärung der Beweisaufnahme ergeben werde. Der Oberreichsanwalt kündigt noch weitere Verzigte an.

Dann erhält Dimitrow das Wort zur Fragestellung. Nach kurzer Beratung verkündet der Vorsitzende, daß der Senat nur die Frage zuläßt, welche Maßnahmen die kommunistische Partei zur Abwendung der Auflösung der KPD getroffen habe. Den Zeugen wird nun nacheinander einzeln die Frage vorgelegt. Der Zeuge Kaldenbach erklärt, für den Fall der Auflösung sollte die Partei unter illegaler Leitung weiterarbeiten. Es sollten auch nach Möglichkeit Massendemonstrationen und politische Proteststreiks gegen ein Verbot unternommen werden. Es werden dann nacheinander die übrigen Zeugen aufgerufen, um ihnen die Frage Dimitrows vorzulegen.

Dabei springt plötzlich unter allgemeiner Heiterkeit van der Lubbe auf und erklärt, er wolle fragen, wann endlich Schluß gemacht werde.

Nachdem der Vorsitzende darauf hingewiesen hat, daß nun noch ein Zeuge zu hören sei, ist die Angelegenheit erledigt. Weiterverhandlung am Samstag.

S'reik in einer christlichsozialen Zeitungsdruckerei

Neudeutsche Methoden beim „Volk“ in Jägerndorf

Der nachstehende, uns aus Jägerndorf zugekommene Bericht über die Arbeitsniederlegung beim christlichsozialen „Volk“ ist zweifellos von allgemeiner politischer und gewerkschaftlicher Bedeutung. Es handelt sich um nichts weniger als um den brutalen Versuch von christlichsozialer Seite, die Gütlichkeit gleichen Rechtes für alle Buchdruckereibetriebe zu durchbrechen und einen besonderen Herrschaftlichen Unternehmensstandpunkt gegen die in den Kollektivverträgen festgesetzten Errungenschaften der Gewerkschaften durchzusetzen. Und es geht nicht um das besondere Interesse, daß das christlichsoziale Unternehmen diesen Versuch, sich Vorrechte zu verschaffen, zum erstenmal in einer Tat unternimmt, die das „Volk“ in ideeller und praktischer Verbindung mit einem Zweigband der christlichsozialen Buchdruckerorganisation in Deutschland zeigt!

Im Buchdruckgewerbe ist die Vermittlung von Arbeitskräften durch den Kollektivvertrag geregelt. Die Vermittlung in offene Stellen geschieht ohne Rücksicht darauf, ob der betreffende Gehilfe organisiert ist oder nicht und aus diesem Grunde ist eine andere Vermittlung als die offizielle, welche paritätisch von den Unternehmern und von den Arbeitern verwaltet wird, ausgeschlossen.

Die Druckerei „Das Volk“ in Jägerndorf, welche ebenfalls, wie eine große Anzahl anständiger Betriebe, den Kollektivvertrag der Buchdrucker anerkannt und ihn auch durch Jahre einhielt, verlangte nun auf einmal von der Gehilfenorganisation das Vorrecht, sich Kräfte nehmen zu können, welche Angehörige des sogenannten „Gutenbergs-Bundes“ sind, welcher eine Abzweigung der christlichsozialen Buchdruckerorganisation in Deutschland ist. Die Gehilfenorganisation der Buchdrucker in Schlesien konnte einem solchen Wunsche nicht Rechnung tragen, sondern verwies immer wieder auf die Bestimmungen des Kollektivvertrages, nach welchem gleiches Recht für sämtliche Buchdruckereibetriebe gilt. Man konnte dem Wunsche der Druckerei „Das Volk“ besonders auch deshalb nicht Rechnung tragen, weil in Schlesien die Buchdrucker eine 40%ige Arbeitslosigkeit aufweisen und weil unter diesen 40 Prozent Arbeitsloser auch solche sind, die monatelang, ja jahrelang vergeblich auf Arbeitszuweisung warten und deshalb arg benachteiligt würden, wenn andere Arbeiter, ohne vielleicht

arbeitslos zu sein, in die Druckerei „Das Volk“ nur deshalb vermittelt würden, weil sie eine bestimmte politische Gesinnung haben. Es soll besonders aber hervorgehoben werden, daß die Druckerei „Das Volk“ gar nicht genötigt war, auf einmal eine derartige Forderung zu stellen, da das bei ihr beschäftigte Personal in der Mehrzahl jahrelang der Firma treu gedient hat, obwohl es nicht politisch christlichsozial organisiert war. Man wollte einfach Protektion walten lassen und nur christlichsozial organisierte Gehilfen beschäftigen.

Als die Firma ihren Willen nicht durchsetzen konnte, erklärte sie in den Sommermonaten des laufenden Jahres durch ein an das Tarifschiedsgericht gerichtetes Schreiben, daß sie aus der Tarifgemeinschaft austritt, was soviel bedeutet, daß sie aufhört, den Kollektivvertrag anzuerkennen und einzuhalten. Diese Erklärung hätte den Austritt des Gesamtpersonals aus dem Betriebe zur Folge haben sollen, da im Sinne des Kollektivvertrages tariffreie Gehilfen bei tarifuntreuen Firmen nicht beschäftigt sein dürfen. Mit Rücksicht darauf aber, daß die Zahl der Arbeitslosen so groß ist, wurden mit der Geschäftsführung der Druckerei „Das Volk“ noch weitere Verhandlungen geführt und man versuchte, den drohenden Konflikt beizulegen.

Die Firma blieb aber unaachgiebig, und um zu zeigen, daß es ihr nur darum zu tun ist, ihren Willen durchzusetzen ohne Rücksicht auf die jahrelang bei ihr beschäftigten Gehilfen, hat sie nun einen „Gutenbergs-Bundler“ ohne Rücksicht auf die Stellenvermittlung aufgenommen. Aus diesem Vorgehen der Firma zog nun das Personal die Konsequenzen und hat die Arbeit eingestellt.

Die Arbeit wurde also nicht deshalb eingestellt, weil man mit einem christlichen Arbeiter nicht hätte arbeiten wollen, sondern deshalb, weil die Firma den Kollektivvertrag nicht mehr einhält, und deshalb, weil im Buchdruckgewerbe auch ein christlicher Arbeiter die Bestimmungen des Kollektivvertrages einhalten muß und nicht größere Rechte haben kann, als ein andersgesinnter Arbeiter.

Das jahrelang in dem Betriebe beschäftigte Personal hat sich zu der Arbeitseinstellung gewiß nicht leichten Herzens entschlossen. Es steht aber, daß die jahrelangen treuen Dienste bei der Firma nichts bedeuten, sondern daß sie alle gewärtig sein müssen, von der Firma aufs Rißfaller gesetzt zu werden, wenn sie sich nicht bereit erklären, mit ihrer Arbeit gleichzeitig auch ihre Gesinnung zu verkaufen.

Ein Tagesbote der demokratisch Getarnten

Unter den jüdisch-deutschen Blättern, die, so lange es ging, dem Hitler-Faschismus ungeniert die Mauer machten, und die jetzt, wo es nicht mehr geht, ihr jüdisch-deutsches Herz unter einem rasch geliehenen demokratischen Mäntelchen schlecht verbergen, spielt der „Tagesbote“ in Brünn eine nicht unbedeutende Rolle. Gestern nun hat der Leitartikler dieses übrigens nicht ganz unjüdischen Blattes wieder einmal einen Meisterstreich ins Braune getan. Er stürzt sich mit Vehemenz auf die Berichte über die donnerstägigen Zusammenstöße im Abgeordnetenhaus, aus denen er fragend folgert: „Wie soll die Demokratie geachtet werden, wenn...“ Von da macht er einen kühnen Sprung zu der Folgerung, daß solche Demokratie natürlich durch „Eliquis“ „Egoismus“, „Reicherungsucht“ und „Korruption“ gekennzeichnet sei, beruft sich auf seinen Vorgesetzten und dem „Tagesboten“ Geistesferneren als Masaryk, der einmal von der „ranken Demokratie“ gesprochen habe und kommt zu dem Schluß, daß die Demokratie, die sich also benehme, nichts Besseres verdiene, als gefährdet zu sein.

Es begibt sich also das Tolle, daß ein in der Bewunderung des Faschismus geistern mehr, heute etwas weniger offenes Bürgerblatt den ordinären Erzech, den ein Hakenkreuzler im Parlament unternahm, der Demokratie zur Last zu legen versucht und so selbst einen Vorfall, an dem die Bagage im Dritten Reich ihre Freude haben wird, dazu benützt, um nicht etwa dem Herrn Schollich wenigstens zu besseren demokratischen Manieren zuzureden, sondern um einen Zwischenfall im Parlament als Beweis gegen die Demokratie auszuschlachten, natürlich aber immer unter der Maske des demokratischen Ehrenmannes, der um den Bestand der freien Republik unaufhörlich zittert und jetzt, weil der Deutschnationalen Schollich sich einmal ganz desabouvierte, förmliche Angstzustände wegen der Gefährdung der Demokratie bekommen hat!

Es steht schon dafür, sich mit diesem „Tagesboten“ auseinanderzusetzen! Woher nehmen diese Herren die Sätze, unter der Vorpiegelung des Interesses für die Demokratie sie wegen eines solchen, von einem Faschisten verschuldeten Zwischenfalls, der gar keine politische Bedeutung hat, in den Not zu zerten? Wie können sie sich erdreisten, eine solche Episode mit Korruptionismus und so weiter in Zusammenhang zu bringen und gerade in diesem Augenblick und an diesem unwesentlichen Ereignis von den Schwächen, die der Demokratie wie jedem Ding in der Welt anhaften, perfid so zu reden, daß das zu einer gewissen Mißachtung der Demokratie durch das Tagesboten-Publikum führen muß? Der „Tagesbote“ registriert den durch den freien ordinären Ton eines Hakenkreuzlers provozierten Zwischenfall im demokratischen Parlament als einen Beweis der „Degeneration des politischen Anstands“? Derselbe „Tagesbote“, der kein Wort gegen die Versäulungen von Hitlerdeutschland herausbringt! Daß dort Millionen geistig, politisch, moralisch vergerastet werden, daß man Hunderttausende aus politischen Gründen um ihre Freiheit und Existenz bringt, daß Jehnlaufende die Vertierung der Macht haben in Kerkern und Konzentrationslagern hüben müssen, daß Hunderte hingemordet, Tausende gefoltert wurden — das alles entlockt dem um die Demokratie besorgten „Tagesboten“ nicht einmal einen Seufzer. Natürlich, denn das sündert er in Ordnung. Weil es gegen die Arbeiter geht und weil man sich in diesen jüdisch-deutschen Redaktionen ja nur und immer noch freut, daß wenigstens drüben die Demokratie vernichtet wurde! Aber weil wir das Herz dieser jüdisch-deutschen Schriftsteller kennen, weil sie es ein paar Monate lang allzu ungeniert enthielten konnten, drum wollen wir es nicht geschehen lassen, daß sie jetzt, wo sie sich zu Romöbianten-Rollen gezwungen sehen, unter der geborgten Maske von Auch-Demokraten weiter die Feuerlein gegen die Demokratie schüren. Ein hakenkreuzlerisches Intermezzo im Parlament dazu zu verzerren, um gegen die Demokratie loszugehen — das betrachten wir als eine neue dreifache Enthüllung des antidemokratischen Wesens dieser Presse, gegen die wir uns deshalb mit allen Mitteln schützen müssen!

„Wahlreihel“ im Dritten Reich

Daß die abnorm hohe Wahlbeteiligung am 12. November nur auf den rücksichtslosesten Terror zurückzuführen war, konnte keinem denkenden Menschen zweifelhaft sein. In der letzten Zeit häufen sich aber die Beweise dafür in geradezu erschreckendem Maße. Wer Gelegenheit hat, die gleichgeschaltete reichsdeutsche Provinzpresse zu lesen, wird über die Schamlosigkeit staunen, mit der darüber berichtet wird, wie mit den Nichtwählern umgegangen wird. In einer niederschlesischen Zeitung fanden wir dieser Tage folgende Notiz:

Gebirgsmarkte Nichtwähler. Striegau. Das Beispiel einiger Drischajten, die Nichtwähler der letzten Wahl zu brandmarken, hat auch in Striegau Nachahmung erweckt. Ein Teil derjenigen, die sich geweigert hatten, an der Wahl teilzunehmen, wurden am Mittwoch durch die Stadt geführt und mußten ein Schild mit der Aufschrift „Ich bin ein Volkverräter“ mit sich führen.

Was sagt der Ex-offo-Verteidiger Deutschlands, der gebildete Herr Schollich, zu dieser „Demokratie“?

Der „Kameradschaftsbund“

Wir haben schon vor einiger Zeit über den in Prag befindlichen Kameradschaftsbund geschrieben, dessen Tendenz es war, in die nationalen deutschen Parteien einzudringen, dieselben zu beeinflussen und der auch Beziehungen zur Heimatsfront in Prag hat. Die „Prager Presse“ hat nun gleichfalls vor kurzem einiges über diesen „Kameradschaftsbund“ erzählt, worauf ihr eine Berichtigung des Advokaten Dr. J. Töppert zuzuging, daß der Kameradschaftsbund sich „grundsätzlich niemals politisch betätigt“ habe. Die „Prager Presse“ stellt nun an den genannten Advokaten eine Reihe von Anfragen, von denen wir einige anführen:

Wie kommt es, daß sich prominente Mitglieder des sich „grundsätzlich niemals politisch betätigenden“ Kameradschaftsbundes in exponierter Weise politisch betätigen?

Wie kommt es beispielsweise, daß Herr Dr. Sebelowski, der Geschäftsführer des Kameradschaftsbundes ist, sich in der Pressestelle der Heimatsfront betätigt?

Ist Herr Dr. Töppert bekannt, daß sich Mitglieder des „unpolitischen“ Kameradschaftsbundes mit dem ehemaligen Sekretär der Oesterreichischen Heimwehr, dem Stabscheftheoretiker Dozent Dr. Walter Heinrich treffen?

Ist ihm beispielsweise bekannt, daß Konrad Henlein im Jahre 1931, also zu einer Zeit, als er noch Mitglied des „Kameradschaftsbundes“ war, in einem Sonderheft des Bezirksverbandes des Bundes der Deutschen in Böhmen die Turnerbewegung als „böhsches Heer“ angesprochen und die „Wehrhaftigkeit“ propagiert hat?

Wie erklärt es Herr Dr. Töppert, daß der sich in Prag befindliche nationalsozialistische Abg. Jung in seiner Eingabe an das Wahlgericht erklärt hat, daß Volkspartei sei von einer kleinen Gruppe hervorgerufen worden, die ihre Aktion hinter dem Rücken der übrigen Mitglieder und ohne Wissen der Partei unternommen habe?

Ist es ihm vielleicht bekannt, ob der verstorbene Donnhäuser, der im Volkspartei-Prozess den Wehrhaftigkeitsgedanken vertreten hat, nicht auch Kameradschaftler war?

Es ist nun an Herrn Dr. Töppert, auf die angeführten Tatsachen klar und unzweideutig zu antworten!

Die neuen ermäßigten Personentarife.

Durch den am 1. Jänner 1934 zur Ausgabe gelangenden neuen tschechoslowakischen Personen-Tarif (Tarif für die Beförderung von Reisenden, Hund, Gepäck und Expressgut) werden neue Fahrpreise für den Personenverkehr und neue Beförderungsgelder für Gepäck, Hunde und Expressgut eingeführt, die fast durchwegs ermäßigt erscheinen. Die neuen ermäßigten Fahrpreise und Beförderungsgelder sind auf kurze Entfernungen weniger fühlbar als auf große. Am stärksten wirken sich die Ermäßigungen bei den neu zur Einführung gelangenden „Beschleunigten Zügen“ aus, das sind schnellfahrende Züge mit möglichst wenig Aufenthalten in Zwischenstationen, bei denen mit einem geringen Zuschlag die Personenzugs-Fahrpreise gelten. Diese Züge werden in den Fahrplänen ausdrücklich als „beschleunigte Züge“ bezeichnet sein. Die neuen Zuschläge für die be-

schleunigten Züge betragen beispielsweise in der dritten Klasse: bis 30 Kilometer 3 Kr., von 31 bis 50 km 4 Kr., von 51 bis 100 km 4.50 Kr., von 101 bis 150 km 5.— Kr., von 151 bis 250 km 7.50 Kr. usw. Bisher galten die beschleunigten Fahrpreise für beschleunigte Züge (Motorzüge) nur bei Fahrten bis höchstens 100 km; nach dem neuen Tarif gelten sie auf beliebige Entfernungen. Grundsätzlich geändert wurde das Preisverhältnis zwischen den Fahrpreisen der einzelnen Wagenklassen, und zwar zugunsten der zweiten Wagenklasse zu dem Zwecke, den stark zurückgegangenen Reiseverkehr in dieser Wagenklasse wieder zu beleben.

Die Höhe der künftigen Ermäßigungen der Personen-Fahrpreise erhellt aus den nachstehenden Beispielen einiger wichtiger Verkehrsrelationen (die bisherigen höheren Fahrpreise sind in Klammer beigelegt) für die dritte Wagenklasse.

Personenzug	Schnellzug	Beschl. Zug	
Prag—Pilsen, 114 km	29.30 (31.80)	39.80 (43.80)	34.30 (43.80)
Prag—Reichenberg, 141 km	38.40 (39.60)	46.90 (51.60)	41.40 (51.60)
Prag—Aussig, 107 km und			
Prag—Saaz, 106 km	26.90 (29.20)	37.40 (41.20)	31.90 (41.20)
Prag—Teplich-Schönbau, 137 km	34.10 (37.00)	44.60 (49.00)	39.10 (49.00)
Prag—Karlsbad, 190 km	45.70 (50.20)	60.70 (68.20)	53.20 (68.20)
Prag—Jičlau, 174 km	43.40 (47.60)	58.40 (65.60)	50.90 (65.60)
Prag—Březburg, 397 km	80.00 (91.00)	101.00 (115.00)	90.50 (115.00)
Prag—Znaim, 273 km	64.00 (71.00)	82.00 (95.00)	73.00 (95.00)

Die Gepäckbeförderungsgeldern wurden nur wenig ermäßigt; beispielsweise bei einer Entfernung von 100 Kilometern um 30 Heller für je 10 Kilogramm, bei einer Entfernung von 400 Kilometern um Kr. 2.60 für je 10 Kilogramm. Abgesehen aber von der Ermäßigung der Grundtarife liegt der Vorteil der neuen Gepäck-Beförderungssätze darin, daß bei Reisegepäck von geringem Gewichte eine Abstuftung von 10, 15 und 20 Kilogramm vorgenommen wurde, so daß also bei einem Reisegepäckstück von 15 Kilogramm nur die Gebühr für diese 15 Kilo zu bezahlen ist, nicht wie früher für aufgerundete 20 Kilogramm.

Herabgelegt wurden auch die Schnellzugzuschläge, wie aus der folgenden Zusammenstellung hervorgeht (die früheren Zuschläge sind in der Klammer angegeben):

Schnellzugzuschlag in der dritten Klasse:	
von 1 bis 30 km	6.00 (6) Kr.

31 bis 50 km	7.50 (12) Kr.
51 bis 100 km	9.00 (12) Kr.
101 bis 150 km	10.50 (12) Kr.
151 bis 250 km	15.00 (18) Kr.
251 bis 350 km	18.00 (24) Kr.
351 bis 500 km	21.00 (24) Kr.

Selbstverständlich werden auch alle anderen Fahrpreise und Beförderungsgelder im Personenverkehr ab 1. Jänner 1934 herabgesetzt: Die Beförderungsgelder für Hunde, für Musterkoffer, für Expressgut, für Zeitungspakete, die Streckenkarten (halb- oder ganzmonatliche), die Jahres- und Halbjahreskarten und endlich die besonderen Fahrpreisermäßigungen (25 Prozent, 33 Prozent, 40 Prozent, 50prozentige Ermäßigungen für besondere Fahrten (Schulen, Vereine, Staatsbeamte usw.).

Tagesneuigkeiten

Großer Brand in Odrau.

Mähr.-Odrau, 1. Dezember. Im Magazin der Vieherei der „Karlschütte“ in Friedel, die der Berg- und Hütten-Gesellschaft gehört, brach heute gegen 3 Uhr früh ein Brand aus, dem zahlreiche Modelle, sowie große Mengen von Öl und Benzol zum Opfer fielen. Die sieben erschienenen Feuerwehren konnten den Brand schließlich lokalisieren. Der Schaden wird auf einhalb Millionen Kr. geschätzt, ist aber durch Versicherung gedeckt. Verletzt wurde niemand.

Bonner Theologieprofessor entlassen.

Bonn, 1. Dezember. (S.M.) Die Schweizer Presse verzeichnet mit Befremden die Nachricht, daß der Schweizer außerordentliche Theologieprofessor an der Bonner Universität Friedrich Lieb vom preussischen Kultusministerium ohne Angabe von Gründen fristlos entlassen wurde.

Schnelle Anfurbelegung.

Die „Klinische Wochenschrift“ bringt in Nr. 47 vom 25. November folgende Siegesnachricht von der Gebärfront:

Es liegt die erste Bevölkerungsstatistik aus dem dritten Vierteljahr 1933 vor. Diese Statistik, die vorläufig nur die deutschen Großstädte betrifft, läßt zum erstenmal die Auswirkungen des politischen Anschlusses in Deutschland objektiv erkennen. Im Vergleich zum dritten Vierteljahr 1932 haben die Beschäftigten um über 12.100 oder 23.2 Prozent zugenommen und die Lebendgeborenen von ortsanfässigen Müttern um 2233 oder 4.4 Prozent. Diese letztere Zunahme ist einerseits eine Folge des schon im Herbst 1932 einsetzenden Aufschwunges des Lebenswollens des deutschen Volkes, wie auch weiter eine Folge der unter der nationalen Regierung erstrebten Abnahme der Fruchtbarkeitsraten. Die Steigerung der Konzeption unter der neuen Regierung wird sich erst im kommenden Jahre auswirken. Beunruhigt durch das trockene, sonnige und nicht zu warme Wetter ist zugleich die Zahl der Zwerchfälle von Ortsanfässigen trotz der jährlich fortschreitenden Ueberalterung gegenüber dem dritten Vierteljahr 1932 um 721 gesunken. Besonders stark ist die großstädtliche Säuglingssterblichkeit von 7.05 auf 6.02 und damit auf einen bisher in dieser Jahreszeit nicht erreichten Minimalwert gesunken. Gestiegen ist die Sterblichkeit der Schulkiner, und zwar vornehmlich durch die Zunahme der Diphtherie um 106 Sterbefälle.

Hitler steigert die Konzeption und macht schönes Wetter. Daß man ihn aber der Zunahme der Diphtherie gegenüber als machilos erklärt, ist ein ausgeprägter Akt der Miesmacherei. Uns bangt um das Schicksal der „Klinischen Wochenschrift“.

Erschwerte Einbürgerung in Oesterreich.

Wien, 1. Dezember. Die „Wiener Zeitung“ veröffentlicht heute eine Verordnung der Bundesregierung vom 24. November betreffend die Einschränkung der Einbürgerung. Danach darf die Landesbürgerschaft bis auf weiteres an Ausländer nicht verliehen werden, es sei denn, daß es die Bundesregierung im einzelnen Falle als im Bundesinteresse gelegen bezeichnet. Jeder Beschreib, der dieser Bestimmung widerspricht, ist nichtig. Gegen solche wichtige Bescheide steht die Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof offen.

Hinrichtung.

Köln, 1. Dezember. Im Gerichtsgefängnis Köln-Klingelpütz ist heute um 7.30 Uhr der 32-jährige Elektrotechniker Gottlieb Schorsch hingerichtet worden. Schorsch hatte am 8. Mai vorigen Jahres seine Ehefrau Else und seinen vierjährigen Sohn ermordet.

Ende des mexikanischen Scheidungsparadieses.

Mexiko City, 1. Dezember. Die neuen Maßnahmen auf dem Gebiete des Eherechts, die nun der oberste mexikanische Gerichtshof einführt, bedeuten in Wirklichkeit das Ende der allzu leichten Ehescheidungen in Mexiko. Es wird angedeutet, daß davon am meisten die zahlreichen Amerikaner betroffen werden, die nach Mexiko kommen, um sich hier auf Grund der liberalen Scheidungspraxis scheiden zu lassen. Die Erneuerung besteht darin, daß das Gericht nun beide Parteien anhören muß.

SA-Dienst statt Matrua

Berlin, 1. Dezember. Wie der VDB meldet, unterstreicht der Reichsführer der deutschen Studentenschaft Dr. Stäbel, der zugleich Leiter des nationalsozialistischen Studentenbundes ist, die engen Verbindungen zwischen Studententum und SA in einem neuerlichen Erlass, der an die gesamte Studentenschaft gerichtet wurde. In dem Erlass werden sämtliche Dienststellen erlucht, „aufs strengste SA-mäßige Dienstleistungen und Dienstausführung auf den Hochschulen hinzuwirken.“ Die Hochschulgruppenführer und Kreisführer werden für die Durchführung verantwortlich gemacht, mit dem Hinweis, daß die Zeit nicht mehr fern sei, wo auf deutschen Hochschulen „kein Platz mehr ist, für Leute, die zu vornehm sind, sich in die Gemeinschaft der SA einzuordnen.“

Vulkanausbruch mit Aschenregen.

San Salvador (Mittelamerika), 1. Dezember. Bei einem Ausbruch des Vulkans Izalco wurden mehrere Dörfer der Umgebung von einem heißen Aschenregen heimgesucht. Menschen kamen dabei nicht zum Schaden.

Aus der Arbeiter-Turn- und Sportbewegung.

Nege Tätigkeit des Atus in Mähren.

An dem Zentralkurs des Atus für Rinderturnwart, welcher vom 28. Oktober bis 2. November in Auffig abgehalten wurde, haben 16 Funktionäre aus Mähren und Schlesien teilgenommen. Derzeit laufen bereits die Wiederholungskurse in den einzelnen Bezirken und wird diese große Schulungsaktion mit Ende Dezember abgeschlossen sein. Außer dieser Aktion wurden im Oktober in allen Bezirken die Vereinsfunktionäre zu Funktionärappellen zusammengerufen. 517 Genossinnen und Genossen aus 69 Vereinen waren amwesend. Der weitere Arbeitsplan des Atus sieht u. a. folgendes vor: 6. und 7. Jänner 1934 Kreiswinterporttag in Karlsdorf-Klein-Mohrau; vom 14. Jänner bis 4. März Bezirksvorturnerstunden mit dem Festmaterial für 1934; im April in allen Bezirken Vorturnerprüfungen und Spelleiterkonferenzen; im Mai und Juni in allen Bezirken Bezirksturnfeste; am Reichsturntag gemeinsam mit den Rindertreibern bezirks- und gruppenweise Rinderturnfeste; Juli: Olympiade der tschechischen Arbeiterturner in Prag; im August Austragung der Meisterschaften im Fußball, Handball, Rastball und Faustballspiel und ein großer leichtathletischer Kreisauscheidungslauf.

Regemissionsgelder für die eigene Tasche.

Die Brünnener Polizeidirektion erstattete gegen die 70jährige Anna Vanek aus Brünn die Strafanzeige, da sie von verschiedenen Personen Gelder für eine Mission unter den afrikanischen Regern einsammelte, wobei sie vorläufig, diese Geldgeschenke stets einem Missionar abzuliefern. In dessen hatte die Vanek die eingehobenen Beträge für sich behalten. Etwa zwei volle Jahre hindurch sammelte sie von ihr vertrauenden Frauen Gelder ein. Wieviel sie im ganzen eingesammelt hatte, stellt jetzt die Polizei fest. Die Vanek, die als überaus ordentliche und aufergewöhnliche fromme Person gilt, erklärt, einen Betrag von 5000 Kr. für sich behalten zu haben.

Beifonds. Die Gültigkeit der alten Zahlungsmarken (zu 4.— Kr. blau, zu 2.— Kr. grün und zu 1.— Kr. braun) erlischt am 31. Dezember 1933. Diese alten Marken werden den Versicherern und Veräußern in Großprag beim Bezirkskomitee des Beifonds in Prag I. Belomlá 11, an Arbeitsstoen von 8 bis 14 Uhr ausgetauscht, und zwar bis spätestens 31. Jänner 1934. Nach diesem Tage werden die alten Marken weder ausgetauscht noch anerkannt.

Wahrscheinliches Wetter heute: Nur streichweise leichte Besserung, Nachfröste, ruhig. Allgemeiner Witterungscharakter unbeständig, später erneute Verschlechterung, namentlich in den südlichen Teilen des Staates.

Schwerer Unfall bei der Arbeit. In Domažlice bei Mähr.-Böhmen wurde Josef Sochna beim Drehen von dem Riemen der Drehmaschine erfasst. Er erlitt einen Bruch der Schädelbasis und des linken Unterarmes. Außerdem trat Bluterguss ins Gehirn ein. Sochna wurde ins öffentliche Krankenhaus in Teblich gebracht.

Und der Lokomotivführer? Beim Schnellzug Genf—Bordeaux riss gestern abend unweit Genat in voller Fahrt der Tender von der Lokomotive ab. Der Lokomotivführer wurde herausgeschleudert und nur dank der Kaltblütigkeit des Beizers, der die automatische Bremse zog und den Zug zum Stehen brachte, konnte ein Unfall verhindert werden.

Fünf Fischer ertrunken. Naceto, 1. Dezember. Nach einer Agenturmeldung ist ein Fischerboot, das seit dem 23. November vermisst wurde, mit keiner fünfköpfigen Besatzung im Sturm gesunken.

Englische Riesenflugzeuge. In Rochester wird jetzt der Bau zweier neuer Transportflugzeuge für den britischen Reichsflugdienst beendet. Das eine dieser Flugzeuge, das im nächsten Monate betriebsfertig sein wird, enthält 30 Plätze für Passagiere und wird mit einem Bristol-Jupiter Motor ausgestattet sein, der dem Flugzeug bei voller Belastung von 14 Tonnen eine Geschwindigkeit von 130 Meilen in der Stunde ermöglicht.

Ein schwerer Sturm im Tyrhenischen Meer und in der Adria hat an den Küsten Calabriens und Siziliens schweren Schaden gestiftet. Schienen wurden auf einer großen Strecke fortgerissen und unterspült. Die Fischerflotten haben schweren Schaden erlitten. Bei Messina sind am Strand gelegene Häuser von den Wellen überschwemmt und der ganze Hausrat vernichtet worden. In Calabrien sind Telephon- und Telekaphenleitungen zerstört worden. Ein Segelschiff ist untergegangen, wobei, wie es heißt, viele Menschen ums Leben kamen.

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen.

Sonntag.
Prag 6.45: Gymnastik, 8.30: Schallplatten, 10.00: Gesangskonzert, 13.30: Sozialinformationen, 18.00: Deutsche Sendung; Musikvorführung, 19.00: Militärkonzert, 20.15: Gesangskonzert, 22.20: Vunter Abend. — Brünn 10.05: Neue tschechische Lieber, 11.00: Orchesterkonzert, 18.00: Deutsche Sendung; Konzert für Soloinstrumente und Orchester. — Wien 10.30: Rainer Maria Rilke, 10.50: Klavier-vorträge, 12.00: Orchesterkonzert, 15.30: Kammermusik, 20.00: Spanische Nächte. — Zellberg 20.20: Abendkonzert. — Breslau 18.15: Denkmäler deutscher Tonkunst. — Leipzig 16.00: Vunter Nachmittag. — Berlin 16.00: Musik am Nachmittag.

Die Arbeitslosigkeit im deutschen Gebiet

Die „Mitteilungen des Deutschen Hauptverbandes der Industrie“ enthalten eine statistische Zusammenstellung über die Arbeitslosigkeit im deutschen Gebiet des Landes, aus der hervorgeht, daß die Arbeitslosigkeit in den deutschen Gegenden weit stärker ist als in den tschechischen. Von tausend Einwohnern der Tschechoslowakei waren Ende Oktober 1933 42.6 arbeitslos. Die Bezirke mit der größten Arbeitslosigkeit sind: Graslitz (189.9 Arbeitslose von 1000 Einwohnern), Rumburg 179.3, Reubel 162.9, Starckenbach 149.2, Friedland 148.9, Neutittschheim 136.9, Sternberg 135.5, Böhmen-Tepla 129.2, Misch 126.5, Karlsbad 126.1, Ball-Meseritzsch 125.6, Elbogen 118.8, Braunau 117.2, Breknitz 116.7, Freudensthal 116.1, Jägerndorf 110.7, Mähr.-Schönberg 109.7, Schludenz 107.8, Gablonz a. N. 107.8, Semil 104.1, Bietin 102.7.

Von 21 Bezirken, die eine Arbeitslosigkeit von über 100 pro 1000 Einwohner haben, sind also 17 deutsche Bezirke und vier tschechische.

In ganz Böhmen betrug der Prozentsatz der Arbeitslosen von der Gesamtbevölkerung 4.7, während die Arbeitslosigkeit in den deutschen Gebieten Böhmens 7.97 und in den tschechischen bloß drei Prozent betrug. In Mähren-Schlesien betrug der Prozentsatz der Arbeitslosigkeit im Durchschnitt 5.70, in den deutschen Gebieten 8.17, in den tschechischen 5.19 Prozent. Von der Gesamtbevölkerung in Böhmen und Mähren-Schlesien waren Ende Oktober 5.04 Prozent arbeitslos. Diesen Satz übersteigen die deutschen Gebiete der historischen Länder mit 8.01 Prozent, während die tschechischen Gebiete mit 3.85 Prozent unter dem Durchschnitt liegen.

Die rollende Reichsmark!

Fünf Millionen Mark für die Tschechoslowakei!

Wie man früher vom rollenden Rubel gesprochen hat, muß man jetzt von der rollenden Reichsmark sprechen. Deutschland wendet hohe Summen an, um das, was ihm mit seiner Politik nicht gelingt, nämlich die Sympathien des Auslandes zu erwerben, mit Geld durchzusetzen. Wie der „Neue Vorwärts“ berichtet hat sich Goebbels dieser Tage gerühmt, er verlässe allein für die Pressepropaganda und für den Meinungskauf im Ausland über einen Fonds von 30 Millionen Mark. Davon sind schon 20 Millionen ausgesprochen. Wie das zitierte Blatt mitteilt, entfallen davon auf Oesterreich und die Tschechoslowakei je fünf Millionen Mark, auf Nordamerika vier Millionen, Südamerika zwei Millionen, Holland 1,500,000, die Schweiz 750,000, Belgien 700,000. Wenn man also fünf Millionen in der Tschechoslowakei Stimmen zu hören bekommen wird, in denen die Sympathie für Hitler-Deutschland nicht unterdrückt werden kann, wird man immer an die fünf Millionen Mark denken müssen die Herr Goebbels in der Tschechoslowakei investiert hat um für den Hitler-Faschismus Stimmung zu machen.

Riefendefraudation beim Heilfonds.

Raffinierte Betrügereien. — Eine Viertelmillion Schaden.

Prag, 1. Dezember. Der Strafsenat des OBR. Trost verhandelte heute den ganzen Tag einen Defraudationsprozess größten Stils. Angeklagt war der 33jährige Beamte des „Heilfonds der öffentlichen Angestellten“ Karl Rakovec des Verbrechens des Betruges. Die von der Staatsanwaltschaft namhaft gemachten Beträge ergeben einen Schaden betrag von 243.150 Kr. Die Malversationen wurden in der raffiniertesten Weise bewerkstelligt. Nach der Anklage liegt der Sachverhalt folgendermaßen:

Im April d. J. revidierte der Vorgesetzte des Angeklagten die Bücher und stellte fest, daß zwei Ueberweisungen des Landesgen darmeriekommandos in Preßburg (je 99.910 und 99.918 Kr.) vom September und Oktober v. J. viel später eingetragenen und überhaupt nicht verbucht waren. Zu Rede gestellt, meinte Rakovec harmlos, er habe eben „einen Stiefel gemacht“ und werde die Sache in Ordnung bringen. Aber die Erhebungen brachten unerwartete und erstaunliche Dinge zutage. Als man nämlich die Originalbuchungsscheine des Postamtes einforderte, stellte sich heraus, daß auf die in Frage stehenden Erlagscheine nur 10 und 18 Kr. eingezahlt worden waren, was der Anaehtete durch einen Preßburger Freund hatte bewerkstelligen lassen, um dann die Postbelege geschildert auf die Beträge von 99.910 und 99.918 Kr. umzuschreiben und so die Buchung in Ordnung zu bringen.

Die vom Landesgen darmeriekommando tatsächlich und richtig überwiesenen Beträge aber hatte der Angeklagte inzwischen an ein zu diesem Zwecke eigens errichtetes Privatkonto bei der Städtischen Sparkasse dirigiert.

und zwar auf raffinierteste Weise, indem er ein gefälschtes „Mundschreiben“ des Heilfonds nach Preßburg schickte, welches die Aufforderung enthält, im Laufe der nächsten zwei Monate sämtliche Ueberweisungen an das „neue Konto“ in der Städtischen Sparkasse zu richten, d. h. in die Taschen des Angeklagten. Im Zuge der weiteren Untersuchung stellte sich heraus, daß auch das

Landesgen darmeriekommando Unkorob auf analoge Weise zusammen 43.000 Kr. ahnungslos auf das Privatkonto des Angeklagten überwiesen hatte.

Als man sich aus diesem Anlaß mit dem Borlehen des Rakovec beschäftigte, ergab sich ein äußerst abenteuerliches Bild. Der im Jahre 1900 in Kolonien bei Brur Geborene hat vor allem mit Vorliebe mit gefälschten Tauscheinen operiert, und zwar derart, daß er sich

Die Moral der Nationalsozialisten.

Der alte Spruch „Wenn zwei dasselbe tun, so ist es nicht dasselbe“ hat in manchen Fällen noch immer Gültigkeit, aber man darf ihn nicht zur Grundlage für rechtliche und moralische Systeme machen, die als staatliche Gesetzgebung von allgemeiner gültiger Bedeutung sein sollen. Wer einen Gelegenheitsfall zum Grundgesetz der Sittenlehre machen will, der erzieht den höchsten Beispiel der Unmoral. Kanis lategorischer Imperativ „Handle so, daß die Maximales Wollens zugleich das Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung sein kann“ widerspricht der Sanktionierung einer Rechtsfreiheit für Einzelle und einer Moral mit doppeltem Boden, wenn es sich um die Allgemeinheit handelt. Der Nationalsozialismus fordert die Bindung des Einzelnen durch die Richtschnur für das Gesamtwohl, er will den Liberalismus der „Nacht“ durch den Kollektivismus der „Wirklichkeit“ ersetzen und verspricht sich von der „Gleichschaltung“ eine heilsame Ausschaltung aller Sonderinteressen. In der Erklärung „Nichts für uns, alles fürs Volk“ drückt er die Anpassung individueller und parteiischer Bestrebungen an die nationalen und sozialen Bedürfnisse theoretisch aus. Doch in der Praxis läßt er individuelle Regungen und parteiischen Eigenleben zu ungeschmälert und Auswirkung kommen, vorausgesetzt, daß es Nationalsozialisten sind, die davon Vorteile haben. So ergibt sich von selber als erste Maxime der nationalsozialistischen Moral der Leitsatz: „Alles, was die Parteigenossen denken und tun, ist berechtigt. Wenn Andersdenkende dasselbe tun, so ist es verwerflich.“ Die Parteigenossen und ihre Anhänger begeistern sich für die Moral „Was du nicht willst, daß man dir tu, das füge jedem andern zu!“ Man schafft also ein Sonderrecht für „Nazis“ und ein Sonderrecht für „gewöhnliche Sterbliche“.

So erklärt sich die offizielle Abneigung gegen die Objektivität, die man sogar aus der Rechtsprechung vertreiben will. Der Präsident eines deutschen Oberlandesgerichts erklärte den vor ihm versammelten Justizbeamten, daß der Richter nicht mehr objektiv sein dürfe (!); es sei nicht angängig, daß auch dem Nazisten und Marxisten sein Recht werde (!). Dabei dachte ich an einen Say Riechtes, den die Nazis gern für sich in Anspruch nehmen möchten, obwohl dieser größte aller Individualisten natürlich auch ein Feind jeglicher Gleichschaltung und in deutschnationalem Sinne durchaus nicht „zuverlässig“ war. Sein deutschfeindlicher Satz lautet so: „Die Deutschen sind die unverantwortlichen Rasse, die alle großen Kulturverbrechen auf dem Gewissen hat.“ (Aus „Jenseits von Gut und Böse“.) Der Herr Gerichtspräsident, ein

wo es ihm vorteilhaft war, durch diese Urkundenfälschung als um zwei Jahre älter ausgegeben konnte. Nicht nur verschiedene Militärbehörden hat er auf diese Art irreführt, sondern auch seine Ehe unter falscher Altersangabe und Vorlage des gefälschten Tauscheines vom Wrschawer Pfarrer eingetragenen lassen.

Als diese Sache herauskam und die Strafanzeige erstattet wurde, liefen noch zwei weitere Strafsachen gegen ihn: eine Verfolgung wegen Meineides und eine weitere wegen verführerischer Herausforderung von Druckplatten zwecks Herstellung falscher Hundertkronennoten. Als die Hauptverhandlung anberaumt wurde, war er nirgends aufzufinden und mußte durch Stedbrief gesucht werden, der im Mai 1929 erlassen wurde. Damals war er schon dreieinhalb Jahre Beamter beim Heilfonds, wo er sich seine Anstellung gleichfalls durch die falsche Vorpiegelung erschlichen hatte, er sei Absolvent der Karolinenthater Handelsakademie, während er in Wirklichkeit drei Volksschulklassen absolviert hat.

Er wurde, weil man ihm nur einen Teil der Anklage nachweisen konnte, bei der folgenden Hauptverhandlung am 14. Jänner 1930 zu drei Monaten verurteilt, zögerte den Strafantritt geschickt bis zum Juli hinaus und begab sich dann auf „Erholungsurlaub“ in Wörtheit nach Bankraz. Nach seiner Rückkehr rühmte er sich seinen Kollegen gegenüber, wie prächtig er sich erholt habe.

Nach dem Auffliegen der großen Defraudation schrieb er zunächst einen Brief, der einem Geständnis gleichkommt, dann aber ermannte er sich und beteuerte, er sei unschuldig, irgendjemand habe ihm falsche Belege unterschoben „um ihn aus dem Amt herauszuwickeln“. Schließlich sprach er gar von „politischer Verfehlung“. Bei der Verhandlung, die wie erwähnt, den ganzen Tag dauerte, benahm er sich äußerst selbstbewußt. Der ganze komplizierte Beweisapparat mußte sorgsam Punkt für Punkt bei sachkundiger Erläuterung der Sachverständigen durchgegangen werden. Der Angeklagte hatte eine Menge Einwendungen gegen die belästigenden Zeugenansagen und verlangte u. a. auf freien Fuß gesetzt zu werden, weil er in diesem Falle „in vierzehn Tagen seine Unschuld hundertprozentig beweisen würde“.

Die Zeugenansagen, wie auch die Sachverständigenurkunden lauteten aber derart, daß der Gerichtshof nach neunstündiger Verhandlung den Schuldbeweis als voll erbracht ansah und den Angeklagten zu zweieinhalb Jahren schweren und verschärften Arbeitstrakts verurteilte.

unverantwortlicher Kulturverbrecher, stellt sich jenseits von Gut und Böse und verleitet die ihm unterstellten Richter dazu, zugunsten der nationalsozialistischen Interessen das Recht zu beugen und die Doktrin der Partei höher zu stellen als die Objektivität. Demgemäß fallen denn auch die Urteile der Sondergerichte aus.

Ein junger Arbeiter hatte behauptet, daß „17jährige Nazibestien mit dem Gummimüppel dreingehschlagen“ hätten. Er wurde zu 1 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt, weil er „als ehemaliges Parteimitglied wissen müsse, daß derartige Behauptungen ins Reich der Fabel gehören“. Ich hingegen könnte wie viele andere mit dem Gewe bekräftigen, daß solche und ähnliche Ausschreitungen vorgekommen sind. Was ich selber gesehen und von glaubwürdigen, mir nahe stehenden Personen, die mißhandelt worden sind, erfahren habe, das lasse ich mir von korrupten Richtern nicht ins „Reich der Fabel“ versetzen. Ein Rechtsanwalt hatte gegen einen Gutbesitzer vor langer Zeit einen Prozess geführt und gewonnen. Der Besiegte benutzte die „nationale Revolution“ dazu, sich an dem Sieger dadurch zu rächen, daß er ihn von „Nazibestien mit Gummimüppeln“ fünf Minuten lang bearbeiten ließ. Der Mißhandelte stellte von einem Sanatorium aus, wo seine Wunden heilen sollten, Strafantrag bei der Staatsanwaltschaft, doch er wurde abgewiesen; denn die Regierung gewährte die Amnestie für Delikte „aus nationaler Gesinnung“. Die Verurteilung der Straffreiheit läßt darauf schließen, daß strafwürdige Taten begangen worden sind. Was also die Regierung selber als tatsächlich geschehen betrachtet, das erklären die von ihr aus dem Gängelband genommenen Richter für Erscheinungen aus dem Reich der Fabel! Und der Staatsanwalt hält ein Robeitsverbrechen, das ein persönlicher Racheakt ist, für eine im nationalen Sinne begangene Tat! Dieses nationalsozialistische Juristengefindel gehört eben zu den „Kulturverbrechern“, die nach der Meinung Riechtes Hauptvertreter der „unverantwortlichen deutschen Rasse“ sind. Die Herren Fried und Günther und andere Nazileuchten waren vor einer Vermischung dieser Rasse mit der nicht-arischen, weil daraus ein schlechter Nachwuchs entstünde. Diese dilettantischen Schwäger scheinen recht zu haben; denn da aus Ehen von Juden mit Franzosen, Italienern, Tschechen, Russen und Polen überall ein wertvoller Nachwuchs entstanden ist, kann die Schuld an der miktrenen Mischung nur in dem Blute der Rasse liegen, zu der die Herren Fried und Günther gehören.

Die erbliche Belastung von deutscher Seite besteht in der Lüge. Die braune Partei ist auf Lügen aufgebaut, also ein Schwindelunternehmen. Von zehn Nazilebendern, mit denen ich spreche, versichern immer acht oder neun, daß sie

Radio für's ganze Leben

SUPERHET TELEFUNKEN 620 für Kz 3.995.-, der Gross-Super für höchste Ansprüche.
 SUPERHET TELEFUNKEN 300 für Kz 2.395.-, der Dreirohr-Super zum halben Preis.
 DUPLEX TELEFUNKEN 270 für Kz 1.095.-, Überraschende Leistung für wenig Geld.

Näheres erfahren Sie bei jedem guten Radionändler.

SYSTEM TELEFUNKEN

Fa RADIOTECHNA, Prag I., Hradební 3. Senden Sie mir kostenlos Freilisten und Ratenzahlungsbedingungen.

Genauere Adresse:

weder Antisemiten noch überhaupt mit den banalen Tendenzen der Parteibonzen einverstanden seien. Die meisten Leute werden Parteigenossen oder Teilhaber an einer „Betriebszelle“, weil sie ihre Ämter oder Kunden behalten, in der Karriere vorwärtskommen und ein gesichertes Leben führen wollen. Patentzins und Parteibuch schützen sie vor unangenehmen Ueberfahrungen. Wabrlieh, die Ehrlichkeit, angeblich eine echt deutsche Tugend, prangt in üppiger Blüte! Und der „Führer“, Herr Adolf Hitler, geht mit leuchtendem Beispiel voran! Anfang April despektierte er den Vereinigten deutschen Gesellschaften in New York: „Die deutschen Juden werden wie alle anderen Staatsangehörigen genau nach ihrer Einstellung zur nationalen Regierung behandelt“. Niemals seit Menschenzeiten hat ein Staatsvertreter offiziell so dreist gelogen wie Hitler in diesem Telegramm. Bekanntlich sind auch ganz national gesinnte, geistig und sittlich hoch stehende Juden aus ihren Ämtern gedrängt worden, auch dann, wenn sie nicht so jüdisch aussehcn wie Herr Goebbels und nicht so schlecht getauft sind wie die Vorfahren unferes überall blamierten „Auslands-Politikers“ Rosenberg.

Die Liebe zur Lüge ist im „Dritten Reich“ so stark, daß man sogar die Verbreitung unbestreitbarer Wahrheit als Verbrechen bestraft. Ein Landgerichtsrat, der in Tübingen wohnt, erzählt, daß er im Gerichtsgebäude von braunem Böbel mißhandelt worden ist, wird daheim, in Deutschland, vom Kinderfräulein demunziert und wegen „Greuelpropaganda“ zur Verantwortung gezogen. Man denkt an Worte von Louis Brüllot: „Es gibt Augenblicke, wo man Lust hat, die Wahrheit zu schreiben, zu drei Monaten die Feile“. So billig wird jener jüdische Richter nicht wegkommen. Man kann zwar die Erzählung seiner Ergebnisse mit „nationalen Revolutionären“ nicht ins Reich der Fabel versetzen, aber man verbannt ihn in das von Stacheldraht eingezäunte Reich der Schutzhaftlinge. Keiner der Nachthaber denkt daran, daß es ein viel edleres Mittel zur Befreiung der „Greuelpropaganda“ gibt, nämlich dieses: Man verweigert oder unterdrückt die Greuel, dann wird die Propaganda aufgehört. Vernünftige Hygieniker bemühen sich darum, die Erreger der Krankheit zu vernichten, bevor sie die Verbreitung der Krankheit bekämpfen.

Wo Argwohn, Rache und Lüge einen Dreiebund geschlossen haben, da gedeihen Spionage und Angeberei; Spizel, Aufpaffer, Lauscher und Denunzianten üben unter dem Deckmantel „nationaler Gesinnung“ ihr unsauberes Handwerk aus. Ebenso schlimm wie die Verlogenheit und Falschheit der nationalsozialistischen Regenten ist ihr Unvermögen, Moraltheorie und Moralspraxis gleichzuschalten. Für die verwerflichste Eigenschaft halte ich die Doppelzüngigkeit derer, die eine sittliche Forderung stellen, ohne sie in ihrem Tun und Lassen zu beachten. Wenige Beispiele genügen zur Kennzeichnung dieser beispiellosen Unmoral der Nazis. Sie nennen die von der alten Regierung herausgebrachten Verbote der oppositionellen Presse eine „schamlose Niederknüppelung der Meinungsfreiheit“ und — knüppeln die Presse der heutigen (viel zahlmeren!) Opposition nieder. Sie verurteilen die Schutzmaßregeln des Bundeskanzlers Dollfuß gegen die österreichischen Staatsfeinde als „brutale Methoden“ und — wenden dieselben Methoden gegen reichsdeutsche Bürger an. Sie reden von roten „Mördern“ und braunen „Helden“, weil

sie dieselbe Tat immer mit zweierlei Maß messen und ihrer Moral einen doppelten Maßboden unterlegen. Sie würden sich über jeden Deutschen, der ohne die amtliche Ausreise-Erlaubnis über die Grenze schleicht, „moralisch“ entrüsten; als sich jedoch einige Salzburger Nazis auf verbotenen Schleichwegen nach Bayern „Schmuggelsten“, um ihren Dittler zu begrüßen, da jubelten sie über die Treue und Geistesgegenwart und den Heldennut der Gesetzesverleher. Die Studenten im dritten Reich preisen mit viel schönen Worten die „deutsche Justiz“, aber — sie zeigen sich als zuchlose Horden, wenn einer ihrer Professoren, also ein Vorgesetzter und Führer, nicht ihrem Nazioten-Ideal entspricht. Sie deden jeden Uebergriff ihrer Kumpane und jede Brutalität staatlicher Organe mit dem englischen Grundsatz „Right or wrongmy country“ (Ziels hat das Vaterland recht, was es auch immer tun möge), aber — sie erklären jede Tat ihres Vaterlandes in den Jahren 1918—1932 für ein Unrecht. Sie nennen die deutschen Juden eine landfremde Minderheit und behandeln sie demgemäß. Als nun der deutsche Jude Bernheim hieraus die Folgerung zog und vor dem Völkerbund ein Recht der staatlichen Minderheiten geltend machte, da frohlockten sie: „Aha, nun seht ihr's, die Juden geben ja selber zu (!), daß sie Fremdlinge bei uns sind“. Es gibt auf der ganzen Welt keinen Irrenarzt, der sich in so geisteskranken Widerprüchen und Rechtsverdreherungen zurecht finden könnte!

Alles das ist in Deutschland nur deshalb möglich, weil die Kritik unmöglich ist. Man hat sie an die Kette gelegt und ihr den Maulkorb umgebunden (aber der versprochene Protokorb hängt immer noch so hoch wie vorher!). Kritik ist die Voraussetzung für die Besserung von Schäden und für jeden Fortschritt. Oskar Wilde sagt in dem Gespräch zwischen Gilbert und Ernest folgendes: „Ich glaube, durch die Entwicklung des kritischen Geistes werden wir imstande sein, nicht nur unser geistiges Leben, sondern auch das gesamte Leben der Rasse zur Verantwortlichkeit zu bringen und auf diese Weise völlig modern zu werden... Der kritische Geist wird die Massenururteile zerstören“. Den Beschwörern des dunkelsten Mittelalters liegt gar nichts daran, „völlig modern zu werden“ und Massenururteile aufzugeben; darum haßen sie die Kritik, „die Schöpferin der geistigen Atmosphäre eines Zeitalters“. Die Geistigkeit fehlt im heutigen Deutschland, aber die Atmosphäre ist da. Es ist „dicke Luft!“

Justiz im Dritten Reich:

Ein deutscher Rechtsanwalt, der unserem Berliner Mitarbeiter gut bekannt ist, beantragte bei einem Berliner Untersuchungsrichter die Haftentlassung einer Kommunistin. Darauf entspann sich folgendes bezeichnendes Zwiegespräch:

Untersuchungsrichter: „Ich würde sehr gern Ihrem Wunsche entsprechen, Herr Rechtsanwalt. Aber zwei Tage später wäre ich zusammen mit Ihrer Mandantin im Konzentrationslager.“

Rechtsanwalt: „Ja, fühlen sich denn Herr Untersuchungsrichter nicht frei in Ihren Entscheidungen?“

Untersuchungsrichter: „Ja, dachten Herr Rechtsanwalt vielleicht?“

PRAGER ZEITUNG.

Die Provisionsvertreter demonstrieren am Sonntag, den 3. d. M., um halb 10 Uhr vormittags im großen Saal des Gewerkschaftshauses in Prag I., Na Peršný, für die ehele geordnete Anerkennung ihres Angelegenheitscharakters, für die Pensions- und Krankenversicherungsrechte, gegen die Verschreibung von Unternehmern. Die Versammlung wird von der Union der Geschäftsfreisenden und Vertreter einberufen und wird Abg. Robert Klein referieren.

Ausstellung moderner Keramiken in Prag. Heute wird im Palais „Dunaj“ in Prag I., Nationalstraße 10, eine Ausstellung künstlerischer Keramiken eröffnet.

Stk. - Exkursionen der Staatsbahn. Die Staatsbahndirektion in Prag (Autobus Referat) wird jeden Samstag zweitägige Exkursionen für Autofahrer mit dem Autofahrer veranstalten. Im Falle einer Motorstörung ist für den Transport per Eisenbahn gesorgt. Die Exkursionen werden abwechselnd ins Riesengebirge, ins das Adlergebirge und ins Riesengebirge, je nach dem Schneestand, erfolgen. Billige Taxen. Informationen bei der Eisenbahndirektion, Abteilung Nr. VI, Telefon 279-51.

Von der Deutschen Kinderheilstätte. Wegen des wachsenden Andranges in den Nachmittagsstunden wird vom 1. Dezember d. J. an für die Parteien eine vierte Amtierungsstunde von 15-16 Uhr eingeführt. Den Eltern, denen es ihre Beschäftigung gestattet, wird dringend nahegelegt, den Büchereinsatz in der Zeit von 15-17 Uhr vorzunehmen.

Kunst und Wissen

Wochenplan des Neuen Deutschen Theaters. Samstag 6 1/2 Uhr: „Götterdämmerung.“ (S 2) — Sonntag 11 Uhr: Kammermusik; 8 Uhr: „Im weißen Rössl“; 8 Uhr: „Dreimal Hochzeit.“ (S 2) — Montag 7 1/2 Uhr: „Die fünf Frankfurter.“ (A 2) — Dienstag 7 1/2 Uhr: „Der Widerspenstigen Zähmung.“ (A 2) — Mittwoch 7 Uhr: „Tannhäuser.“ (S 2) — Donnerstag 7 1/2 Uhr: „Dreimal Hochzeit.“ (S 1) — Freitag 6 1/2 Uhr: „Der Widerspenstigen Zähmung.“ Schülervorstellung gemeinsam mit der Urania, beschränkter öffentlicher Verkauf. — Samstag 7 Uhr: „Sohengrin.“ (S 1)

Wochenplan der Kleinen Bühne. Samstag 8 Uhr: „Dreimal Hochzeit.“ — Sonntag 8 Uhr: „Phaonion“; 8 Uhr: „Desiré.“ — Montag 8 Uhr: „Allez hop!“ Volkstümliche Vorstellung. — Dienstag 8 Uhr: „Desiré.“ — Mittwoch 8 Uhr: „Besuchendes Frauenlein.“ — Donnerstag 8 Uhr: „Desiré.“ — Freitag 8 Uhr: „Desiré.“ — Samstag 7 1/2 Uhr: „Prager Illustrierte.“ Erstaufführung.

Sport • Spiel • Körperpflege

Beratungen des Internationalen Frauenausschusses bei der Sozialistischen Internationale für Körpererziehung.

Prag, 1. Dezember. Heute fand in Prag im Lidový dům eine Konferenz des Internationalen Frauenausschusses bei der Sozialistischen Internationale für Körpererziehung unter Teilnahme vom weiblichen Mitgliedern des Ausschusses aus Wien, Aussig und Prag statt. Der Vertreter Finnlands hatte sich entschuldigt.

Die Konferenz genehmigte die Berichte über die Tätigkeit des Präsidiums während des vergangenen Sommers, beschäftigte sich mit den gegenwärtigen Verhältnissen im Sportleben Deutschlands, setzte die Teilnahme an den Verbandsspielen in der Schweiz, Lettland, Finnland und Großbritannien fest, beriet über die Tagesordnung des VII. Kongresses der Sozialistischen Internationale für Körpererziehung, der im September 1934 in Kopenhagen stattfinden wird, und setzte die technischen Richtlinien im Hinblick auf die rege Teilnahme von Frauen an der III. tschechoslowakischen Arbeiterolympiade in Prag im Jahre 1934 fest.

In einer einstimmig angenommenen Resolution wird dem Bedauern über die vollständige Vernichtung der Arbeitersportbewegung in Deutschland Ausdruck gegeben. Den Arbeitersportlern in Österreich wurde eine Begrüßungsadresse gesandt.

Den Konferenzvorsitz führte die Vorsitzende des tschechoslowakischen Arbeiterturnverbandes Marie Jeřová. Der Kongress wurde von den Vertreterinnen der Frauenausschüsse der tschechoslowakischen und der deutschen Sozialdemokratie sowie vom Vertreter des D. I. K. C. Verbandes und des deutschen Verbandes mit dem Sitz in Aussig begrüßt.

Ein Riesens Stadion für die dritte Arbeiter-Olympiade.

Die Stadtverwaltung von Antwerpen hat die Zustimmung zum Bau eines Riesens Stadions gegeben, das mehr als 100.000 Zuschauern Platz bieten soll. Die Anlage wird Weltläufe in allen Sportarten einschließlich Auto-

rennen, Segel- und Ruderregatten, gestalten. Man hofft, die Anlage bis zum nächsten Jahre fertigzustellen. (Antwerpen, das von Sozialisten verwaltet wird, sorgt für einen guten Verlauf der dritten Arbeiter-Olympiade im Jahre 1937. D. Red.)

Die internationalen Fachauschüsse der GMSZ.

Die deutschen Arbeitersportler waren in fast allen Fachauschüssen der Sozialistischen Arbeiter-Sport-Internationale vertreten. Durch ihr Ausscheiden aus der Internationale sind Ergänzungen in den Fachauschüssen notwendig. Der Klub Österreich hat an das Büro der GMSZ den Antrag gestellt, die freigebliebenen Sitze mit Vertretern folgender Landesverbände zu

Amerikanische Kleinschreibmaschine **CORONA** GIBIAN & Co., Prag, Štěpánská 32

beziehen: Leichtathletik; Österreich; Schwereathletik; Schweiz; Handball; Lettland; Fußball; Polen; Wasserball; Finnland; Winterport; Norwegen; Turnen; Österreich; Schwach; Tschechoslowakei (Prag). Für das Rad- und Kraftfahren konnte Österreich seinen Vorschlag erstatten.

Vereinsnachrichten

Ortsgruppe Prag, Sonntag, den 3. Dezember, erste Trainingsfahrt der Winterportler. Sammlung bis 9 Uhr bei der Endstation Braník. Führung: Strnad.

Mörder seiner Geliebten.

Wieder ein zweitägiger Mordprozeß. — Vorspiel des Halsprozesses: Ein Jahr Kerker für die Tante, die ihren Neffen verbergte.

Prag, 1. Dezember. Nach dem gestrigen Todesurteil wurde vor dem heutigen Schwurgericht unter Vorsitz des OSM. Skřiva ein neuer, gleichfalls für zwei Tage berechneter Mordprozeß eröffnet. Angeklagt ist der 24jährige tschechoslowakische Zimmermannsgeselle Josef Šavro, der am 19. Juli d. J. seine 17jährige Geliebte Jentka Šalda auf brutale Art ermordet hat. Der Täter, ein gut aussehender und angelegener junger Mensch, ist voll geständig und schilderte bei seiner heutigen Einvernahme die Mordtat in ihren trassen Einzelheiten mit klarer und ruhiger Stimme und ohne Spur vor Erregung. Ueber das Motiv der Mordtat spricht er sich nicht näher aus, sondern erklärt nur ganz allgemein, er habe aus

Eifersucht

gehandelt. Ursprünglich hat er versucht, einen beiderseits und einvernehmlich geplanten Doppelmord glaubhaft zu machen, doch sprachen so viele Umstände gegen diese Darstellung, daß der Angeklagte selbst sie nicht abzuheben zu verlernen wagte.

Zur Eifersucht freilich scheint der Angeklagte hinreichend Grund gehabt zu haben, denn seine 17jährige Freundin führte nach Auskunft der zuständigen Behörden einen ziemlich liederlichen Lebenswandel, hatte außer ihm verschiedene Verhältnisse und soll die Absicht geäußert haben, nach Prag zu gehen, um hier

einen Posten zu suchen oder Prostitution zu treiben,

wie es sich eben schicken werde. Sie hatte wohl eine verwahrloste Kindheit hinter sich, denn schon als Schulmädchen mußte sie einer Korrektionsanstalt überwiesen werden, offenbar ohne sonderlichen Erfolg.

Die beiden begaben sich gemeinsam aus ihrem südböhmischen Heimatort Brucke anfangs Juli auf die Wanderung nach Prag, ließen sich jedoch reichlich Zeit, denn sie trieben sich vorerst volle zehn Tage in der Umgebung ihrer engeren Heimat herum. Am 19. Juli um halb 7 Uhr früh kam es zur Katastrophe, über deren unmittelbaren Anlaß und Begleitumstände nur der Angeklagte Auskunft geben könnte und dieser spricht sich in diesem Punkt nicht klar aus und beschränkt sich auf eine minutiöse Schilderung der Tat selbst.

An dem kritischen Morgen ging das Paar im Tal „Smečalka“ bei Larkovice entlang der Ufer des Baches, der dieses Tal durchfließt. Der Angeklagte ging hinter seiner Geliebten her und feuerte plötzlich einen Schuß gegen sie ab, der sie in die linke Hüfte traf. Ein Fußgänger hörte auf der 300 Schritte entfernten Bezirksstraße den Schuß, wie auch den Aufschrei der Betroffenen:

„Nepř, was tust du mir?“

Der zufällige Zeuge lief zur Gendarmerie, die mit größter Schnelligkeit zum Tatort eilte, aber nur mehr die Leiche der Jentka Šalda vorfand, und zwar mit Gesicht und Oberkörper im Wasser des Baches liegend. Nach dem Befehle des Wärders hat die Angeklagte sich zu fliehen versucht, wobei er ihr noch einen Schuß nachschickte, der schlagend dann brach sie zusammen, worauf er ihr eine weitere Kugel in die Stirne schob. Als sie dann immer noch lebte und röhete, schob er sie nochmals in den Kopf und schob die Sterbende mit dem Gesicht nach unten in den Bach. Nach der Tat trieb sich der Mörder einige Zeit

Der Film. Erotikon.

Die Wiederbelebung eines sieben Jahre alten und somit also stummen Films durch nachträglich hinzuerfundene und hineingesprochene Dialoge mag für Filmhistoriker und technische Sachverständige interessant sein — aber für das übrige Publikum hat sie sicherlich wenig Reiz, zumal der alte Film nicht seiner Handlung, sondern nur seiner damals sehr neuartigen und eindrucksvollen Regie den Erfolg verdankte. Was gut an dieser Regie war (die Zicharmachung unausgesprochener Leidenschaften, die bildhafte Symbolisierung lebloser Gegenstände und das Hinarbeiten auf künstlerische Bildwirkungen), ist inzwischen so oft nachgeahmt und mit Hilfe verbesserter Technik auch übertroffen worden, daß es nur dem Betrachter wirklich imponieren kann, der es vom Blickpunkt der Vergangenheit aus zu sehen vermag.

Gustav Macháth, der Regisseur dieses Erfolges

Der Text, den der Kritiker dem Erotikon-Film beizusetzen hat, ist weniger überflüssig als der synthetisierte. Es ist nämlich die Frage, warum unsere Filmindustrie diesem Regisseur Gustav Macháth keine Gelegenheit gegeben hat, uns heute sein Können von neuem zu zeigen, — warum sie sich durch unbeholfene und kitschtriefende Filmmacher immer wieder in Mißkredit bringt, statt sich eines Mannes zu erinnern, der vor sieben Jahren, als der „Botemkin“ und der „Goldbrausch“ durch die Welt gingen, mit seiner Leistung internationale Achtung errang.

Aus der Partei

S. J. II. — Freie Vereinigung soz. Akademiker. Montag: Ausschusssitzung um halb 7 Uhr im Heim.

Redakteur,

der in der Gewerkschaftsarbeit bewandert ist, wird für ein freigewerkschaftliches Fachblatt gesucht.

Den Vorschlag erhalten jene, die eine längere Praxis nachweisen können, vom Verfasser etwas verstehen und zumindest teilweise die tschechische Sprache beherrschen.

Offerte mit Lebenslauf direkt an: Banarbeiterverband Prag-Martin, Havlíčková 8. 2191

Verlangen Sie gratis

Verzeichnis der empfehlenswerten Qualitätsbücher zu außergewöhnlich billigen Preisen. Antiquarische Exemplare, sehr gut erhalten. Bücher-Geschenke in deutscher und tschechischer Sprache liefert

Zentralarbeitsbuchhandlung A. Svecený, Praha II., Šybernská 7. 2187

Die richtige Brille

Optiker Deutsch
Prag II., Pfikopy, Palais Koruna

Anglo-Elementar Versicherungs-Aktien- gesellschaft in Wien

Direktion für die Č. S. R. in Prag.
General-A-entschaft Reichenberg

empfiehlt sich zum Abschluß von Feuer-, Unfall-, Haftpflicht-, Einbruch-, Auto-, Transport-, Pferde- und Viehverversicherungen zu kulantem Preise. 674

Bargarantlemittel in der Č. S. R. 56 Millionen

Büros: Prag, Narodní tř. 17.
Reichenberg, Schützeng. Nr. 21.
Brünn, Theater-asse Nr. 6.

An unsere Abonnenten!!

Bitte lesen!

Und uns bis 10. Dezember den Abschiff einsenden!

Wir zweifeln nicht daran, daß auch Sie die Gelegenheit benützen werden, an Stelle der teuren Neujahrsgratulationskarten unserer Aktion Unterstützung zu gewähren, die der finanziellen Stärkung des Blattes dient und weiters den hohen idealen Zweck erfüllt, daß die Zusammengehörigkeit unserer Genossen und Genossinnen sichtbar vor Augen geführt wird. Wir bitten Sie daher, Ihren Namen gegen eine Gebühr von 10 Kr in unfer

Neujahrs-Kollektivwinterat

aufnehmen zu lassen und den entfallenden Betrag von 10 Kr mit der Dezemberabonnementsgebühr einzusenden.

Wir sind überzeugt, daß auch Sie, der heutigen Zeit Rechnung tragend, uns Ihre Unterstützung nicht verlagern, und danken bestens für Ihre freundliche Förderung unseres Blattes.

Die Verwaltung.

..... hier abtrennen! hier abtrennen!

Neujahrs-Enthebung für „Sozialdemokrat“.

Ich bestelle hiemit unter dem Namen: _____

Ort: _____
eine Neujahrsenthebung zum Betrage von 10 Kr und sende Ihnen diesen Betrag gleichzeitlich mit der Abonnementsgebühr pro Dezember ein.

Unterschrift: _____